

Ercheint täglich außer Montag... Abonnement-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspalte...

Verantwortlicher: Am 6. Mr. 1106.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 28. Februar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Zur Kritik der preussischen Steuer-tarif-Debatten.

Der „Advokat des Mittelstandes“.

Faßt man die Ergebnisse der Richter'schen Dialektik zusammen, so findet sich, daß er die Ausbeutung der Volksmassen durch die indirekten Steuern ignorirt...

diese Entlastungen der untersten Stufen in den direkten Steuern hervorgegangen. Man kann also diesen Vergleich hier nicht stellen...

Und der nationalliberale Abgeordnete Dr. Krause bemerkte (Sten. Ver. S. 881):

Es ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß die indirekten Steuern, die Zölle, gerade die niederen Klassen am meisten treffen...

Die Vertheidigung auf diese Angriffe erfolgte am 17. Februar, und sie spitzte sich wiederum zu einem Angriff auf das Proletariat, zu einer Rundgebung für das Bürgerthum zu.

Der Unterschied ist also bei einer summarischen Berechnung, daß bei mir eine Entlastung der niederen Einkommensteuerebenen um 10 pCt. und bei den Kommissionsvorschlügen um 20 pCt. der bisherigen Belastung eintritt.

Herr Richter hält es für „demagogisch“, die mittleren Volksschichten, welche leistungsfähiger sind, als die unteren, stärker heranzuziehen...

haften Politikers“, durch seinen Antrag auf einen Ausfall im Steuerertrag von rund 10 500 000 M. hinzuwirken...

Der Abgeordnete Krause war es, welcher das Verhalten Richter's mit epigrammatischer Kürze scharf und treffend kennzeichnete. „Der Herr Abgeordnete Richter,“ sagte er, „hat hier gesprochen — und gut gesprochen — als Advokat des Mittelstandes.“

Briefe aus Frankreich.

Paris, 22. Februar 1891.

Als unsere bürgerliche und regierungsfreundliche Welt voll Erfreuen, den 1. Mai 1890 überlebt zu haben, das Kapitol erstieg und den Göttern Konstantin ein Dankgebet betete...

Ihr triumphirt zu früh! Hütet euch! Die große internationale Rundgebung des Proletariats, das von einem gemeinsamen Gedanken zusammengeschlossen ein gemeinsames Ziel unablässig verfolgt...

Mit einem Worte, der 1. Mai ist kein Ereignis, dem man einmal für immer entgeht, sondern eine taktische Maßregel, er ist

* Siehe die Ausführungen des Regierungskommissars Wallach, Sten. Ver. S. 867.

Reuilleton.

Abdruck verboten.

30

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

(Schluß.)

„Ich soll Dich übrigens von Ebba Lehmann grüßen“, kam zum Schluß. „Sie war gerade hier und erzählte, daß sie von ihrem Posten abgesetzt werde.“

Fanny sah vornübergebengt, stützte die Ellbogen aufs Knie und verbarg das Gesicht in den Händen. Plötzlich brach ein langer, dumpfer Schrei aus ihrer Brust...

Das war kein Weinen, das war wilder Jammer. Sie hatte sich abgewendet; Mama sah nichts als ihren Rücken; aber dieser Rücken wand sich in Konvulsionen.

Plötzlich kriegte Mama einen Stoß, daß sie weit zurücktaumelte: „hinweg!“ — Das starke, gräßliche Schluchzen hörte auf.

Fanny richtete sich empor; mit halb lautem Weinen ging sie durch das Zimmer, warf sich aber wieder in Mama's Lehnstuhl. Sie sah schrecklich aus; das Gesicht war blau, die Augen waren geschwollen; Zuckungen verzerrten die Mundwinkel...

das? Begreifst Du, daß Du daran schuld bist; begreifst Du es? — Ach, keine Spur, keine Spur; nichts begreifst Du; nichts begreifst Du; nie hast Du mich verstanden; nie bist Du mir eine Mutter gewesen; allein bin ich herumgezogen mein Lebelang, nie hast Du mich verstanden; Du bist eine Thörin selbst; eine Thörin bist Du, eine Thörin! Darum hast Du auch mich zu einer Thörin gemacht!

* Kopist = Beamter der untersten Rangstufe.

der kleine Krieg, der dem großen vorangeht und ihn vorbereitet.

Doch diese Worte verwehten im Winde. Man wandte sich ab und begnügte sich mit den Achseln zu zucken und zu sagen, „eine Bewegung von solcher Natur wiederhole sich nicht.“

Die Kongresse von Bilbao, von Aile und Calais, von Halle, Brünn, Vissabon, Zürich und Mailand, die sämtlich die definitive Bestimmung trafen, den 1. Mai zu dem alljährlichen Festtag der Arbeit zu erheben, haben diese sätze Ruhe bald verschluckt. Und vor einigen Tagen genügte ein vorläufiger Aufruf an den Mauern, der vom Nationalrat der Arbeiterpartei und dem nationalen Bunde der Gewerkschaften und Fachvereine (Fédération nationale des syndicats et groupes corporatifs ouvriers) von Frankreich unterzeichnet war — um die herrschenden und besitzenden Klassen aus dem Häuschen zu bringen.

Der „Temps“, der nicht nur eine Bourgeoiszeitung ist, sondern die zeitungswordene Bourgeoisie, hat schon von ihrem vorgeschobenen Posten aus den Alarmstrei ausgehoben. Er meldet die Gefahr und erklärt, „man müsse die Augen offen behalten und auf der Hut sein.“ Und da er nicht umhin kann anzuerkennen, daß die Führer dieser großen Bewegung Alles thun, um jede Verletzung der Gesehe oder Störung der öffentlichen Ruhe zu vermeiden, fordert er doch energische Maßnahmen gegen die Bewegung an sich, möge sie sich noch so friedlich gestalten.

Diese Maßnahmen werden getroffen werden, wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln. Wie vor einem Jahre werden wir sehen, daß die Pariser Garnison konstant, durch eine aus 30 Meilen im Umkreise zusammengezogene Armee verstärkt und die große Stadt in einen tatsächlichen Belagerungszustand versetzt wird. Aber all dieser militärische Anspug ist nicht dazu angethan, uns einzuschüchtern oder daran zu hindern, die soziale Frage, wenn nicht auf die Straßen, wie unser feindliches Organ etwas vor der Zeit schreibt, aber wenigstens in der Form einer ersten Mahnung vor die Behörden zu tragen. Dies ist das einzige Mittel, um die regierenden Kreise zu bewegen, Etwas für die arbeitende Klasse zu thun; haben sie doch stets nur ein er Triebfeder nachgegeben: der Furcht!

Diese heilsame Furcht, die sich ihrer schon bei der bloßen Ankündigung dieses Tages bemächtigt hat, da sie fürchten, er könne sie zwingen, die Hand zu öffnen, in der sie alle Reformen verschlossen halten, hat ihre Augen und ihre Sinne für die Ereignisse, die sich vorbereiten, geöffnet.

Bei indessen lieber die folgenden Zeilen aus dem gleichen „Temps“: Die Wichtigkeit und Macht einer derartigen Bewegung wächst immer mehr infolge der Einheitsigkeit unter den sozialistischen Führern aller Erdtheile. Es ist eine Art Mobilisierung ihrer Streitkräfte auf der ganzen Welt, die sie am 1. Mai versuchen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sich die Kundgebung dieses zweite Mal weit bedeutender, weit feierlicher gestalten wird.

Der internationale Charakter, den die wirtschaftlichen Probleme und die Arbeitervereinigungen, die durch jene erzeugt wurden, mehr und mehr annehmen, ist eine Erscheinung, die allen Staatsmännern zu denken giebt. Werden die sozialen Fragen ihrerseits jetzt die politischen Fragen in den Hintergrund drängen oder ganz verschwinden lassen, wie seit einem Jahrzehnt die religiösen Fragen vor den politischen immer mehr vom Schauplatz der internationalen Kämpfe weichen mußten? Wird das Interesse der verschiedenen sozialen Klassen, die überall denselben Kampf kämpfen, als eine mächtigere Triebfeder an Stelle der Vaterlandsliebe treten? Werden all die Grenzstreitigkeiten mit einem Male dadurch gelöst sein, daß alle Grenzen verwischt werden?

So prophezeite der Hiel des Bileam, erfüllt vom unsichtbaren Hauche Gottes, den Sieg des Volkes, dessen Beschimpfung die Aufgabe seines Heren war.

Jules Guesde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

Heute waren die Bänke des Reichstags gut besetzt — es handelte sich ja nicht um einen so langweiligen Gegenstand, wie der „Arbeiterschuh“, sondern um das Militär, für welches in unserem Militärreich nicht bloß die Köchinnen, sondern auch alle anderen Leute, die zweierlei Luch für etwas Schönes und Gutes und den Sozialismus für etwas Häßliches und Schlimmes halten, sich sehr lebhaft zu interessieren pflegen.

Eine Niederlage wurde erwartet — eine Schlacht um die Unteroffiziers-Prämien.

Die Budgetkommission hat bekanntlich den für solche Prämien ausgelegten Budgetposten gestrichen; und man wußte, daß die Regierung ernsthaft Anstrengungen machen werde, um den Kommissionsbeschlus zu Fall zu bringen und die ursprüngliche Etatforderung durchzusetzen.

Der neue Kriegsminister von Rattenborn trat heute zum ersten Mal auf — ein solches Erstlings-Auftreten

erregt immer einige Neugierde bei dem parlamentarischen Theaterpublikum; und je weniger leidenschaftlich der Reichstag ist, desto mehr überwiegt der theatralische Charakter den parlamentarischen. Bei den ersten Worten, die der neue Herr Kriegsminister sprach, war ein jeder sich klar, daß die Zahl der rekrutierten Militärs keinen Zuwachs bekommen hatte. Der Herr Kriegsminister sagte, was von 100 dazu kommandirten Offizieren 99 gesagt haben würden; — und was er sagte, wurde von dem fortschrittlichen Militärredner Major a. D. Hinz spielend und gut widerlegt. So gut widerlegt, daß der Herr Reichskanzler sich veranlaßt sah, seinem Kriegsminister zu Hilfe zu eilen. Der Herr Reichskanzler bereitete dem Haus eine Uebersetzung. Er schlüpfte — was er bisher sorgfältig vermieden hatte — in die Krassereisfel seines Vorgängers und zog einen rothen Lappen hervor, den er mit fast Bismarckscher Heftigkeit und etlichen, sehr lebhaft an Puttkamer erinnernden Gesten eine halbe Stunde lang herumrührte. Es muß nach Ansicht des Reichskanzlers sehr schlecht stehen um die Unteroffiziers-Prämien — sonst würde er gewiß nicht zu diesem verzweifelt abgebrauchten Theatermittel seine Zuflucht genommen und eine so mächtige Klatsche für die — Sozialdemokratie gemacht haben. Denn eine Klatsche für unsere Partei war seine Rede vom ersten bis zum letzten Wort. Der 1. Oktober — das war der Gedankengang — erheißt eine verstärkte Armee — der Staat hat dem Hiesigen der Sozialdemokratie die Fessel des Sozialistengesetzes abgestreift in der sicheren Voraussetzung, daß er — der Staat — auch die Mittel erlangen werde, den entsefelten Simson stets bändigen zu können.

Also verstärktes Heer. Und da vorläufig keine Aussicht auf eine abermalige Erhöhung des Präsenzstandes ist, so wollen wir wenigstens — bessere Unteroffiziere haben. Nämlich Unteroffiziere, die nicht „unzufrieden“ sind, die nicht in Versuchung sind, sich den umstürzlerischen Sozialdemokraten in die Arme zu werfen, und die, falls es zu einem Straßenkampf kommen sollte — ähnlich wie 1848 — auch so viel „staatszerhaltende“ Kraft hätten, daß sie das natürliche Widerstreben der Soldaten, auf ihre eigenen Landsleute und Mitbürger zu schießen, überwinden könnten.

Die Rede des Herrn Reichskanzlers, die für den Staat ebenso unschmeichelhaft war, wie schmeichelhaft für die Sozialdemokratie, machte im „Haus“ keinen günstigen Eindruck — selbst auf der Rechten sah man sich etwas erstaunt an.

Sie wurde von dem Volksparteiler Hausmann und von dem Sozialdemokraten Grillenberger einer scharfen Kritik unterworfen. Hausmann meinte, durch Bewilligung der Prämien würde in den breitesten Volksklassen so viel Unzufriedenheit erzeugt, daß die Zufriedenheit, welche bei den Unteroffizieren erzeugt werde, gar nicht ins Gewicht falle. Und Grillenberger nagelte es fest, daß der Reichskanzler, nachdem neulich „von höchster Stelle“ gesagt worden sei, die schlimmste sozialdemokratische Gefahr sei nun vorbei, jetzt noch das Schreckbild einer Straßenkämpfe gegen die Sozialdemokraten an die Wand male. Das werde nicht zur Versöhnung der Gemüther beitragen. Der sozialdemokratische Redner verurtheilte prinzipiell das System der Prämien, man solle die Unteroffiziere besser beförden, und das könne man, wenn den oberen Offizieren, und insbesondere den pensionirten weniger gegeben werde.

Der konservative Hahn sprach zwei Mal für die Regierung; und die zwei Nationalliberalen, Hammacher und Benda, wollten — echt nationalliberal — wenigstens zwei Drittel der für die Prämien geforderten Summe bewilligen.

Um 1/2 Uhr vertagte sich das Haus — und so werden die Unteroffiziers-Prämien wohl noch eine zweite Sitzung verschlingen. —

Die permanente Beschlußunfähigkeit des Reichstags während der Debatten über das „Arbeiterschuh-Gesetz“ hat allgemein ein peinliches Aufsehen hervorgerufen. Daß Abneigung und Mangel an Interesse der Grund dieser skandalösen Erscheinung sind, liegt so klar zu Tage, daß bei keinem urtheilsfähigen Menschen der leiseste Zweifel bestehen kann. Die Beschlußunfähigkeit des Reichstags während der Verhandlungen über den Arbeiterschuh, d. h. die wichtigste sozialpolitische Frage, die den deutschen Reichstag überhaupt jemals beschäftigt hat, ist der schlagendste Beweis für die Unausrichtigkeit der arbeiterfreundlichen Phrasen,

mit denen jetzt alle Parteien um sich werfen. Und die Arbeiter werden wohl thun, sich diese Thatsache tief ins Gedächtnis zu graben und immer vor Augen zu halten.

Unsere Gegner suchen nach Beschönigungen und Entschuldigungen. Wir zeigen schon, daß das gleichzeitige Tagen von Landtag und Reichstag nicht — wie behauptet worden — den Grund der Beschlußunfähigkeit bildet. Das Gleiche gilt von der Diätenlosigkeit, die neuerdings vorgeschoben wird. Wir sind gewiß die Besten, welche die Verweigerung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten billigten. Diese Verweigerung war eine jener kleinlich-geschäftigen Maßnahmen, in denen sich die Natur des feilen Lobredners für „groß“, „fakultär groß“ erklärten Blut- und Eisenpolitikers offenbarte. Aber wenn die Mehrheit der Reichstags-Abgeordneten ein wirkliches Interesse an der Arbeiterschuh-Besetzung hätte, dann würde sie sich auch nicht durch die Diätenlosigkeit abhalten lassen, am Platz zu sein. Die sozialdemokratischen Abgeordneten leiden persönlich von allen Abgeordneten gewiß am Meisten unter der Diätenlosigkeit — trotzdem sind sie am Posten. Warum? Weil es ihnen e r u n t ist mit dem Arbeiterschuh. Und wenn die Mitglieder der anderen Parteien, die weit weniger als wir unter der Diätenlosigkeit zu leiden haben, durch Abwesenheit glänzen, so ist es eben, weil ihnen am Arbeiterschuh nichts liegt — ja, weil sie ihn im Grunde des Herzens hinwegwünschen wo der Pfeffer wächst. —

Die Mittheilungen des Heren von Hollmann in der Budgetkommission, betreffend die Nothwendigkeit einer Angriffsliste ersten Ranges für Deutschland, werden jetzt abgeschwächt. Herr v. Hollmann wird so wie Herr Verdy du Vernois seine Demission geben, weil er zu ehrsüchtig die Pläne unserer Militärfanatiker verrathen hat. —

Die freisinnige Partei hat im Landtage die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes beantragt. Der Antrag ist vollkommen aussichtslos und wohl auch nur deshalb gestellt worden. Zur Zeit der Lassalle'schen Agitation wehrte sich die damalige Fortschrittspartei mit allen Mitteln gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, obgleich, oder besser gesagt, weil die Regierung einem dahingehenden Antrag keinen Widerstand entgegengekehrt hätte. Die Demokratie des Freisinn ist soviel werth wie ihre Sozialpolitik; nämlich keinen Heller. —

Als Herr Stöcker die gestrige Abendnummer der „Kreuzzeitung“ las, ist er gewiß tüchtig erschrocken. Dort wird nämlich der Staatsanwalt gegen einen Semiten angesetzt, der bei einer ebllichen Feigenausfrage Angaben gemacht haben soll, die nicht in allen Punkten der Wahrheit entsprachen. Wie unvorsichtig! mag beim Lesen dieser Denunziation der Stöcker gedacht haben — wenn nun die Gegner des Herrn Stöcker die zwanzig Mal bedenklichere Eidesausfrage eines gewissen Ex-Hospredigers jetzt wieder nach dem stenographischen Bericht veröffentlicht, und Anklage forderten? Verjährt ist die Sache noch nicht, und wer weiß, vielleicht sehen die Herren Staatsanwälte heute mit anderen Augen als in der guten Bismarck'schen Zeit, wo die Stöcker, Krüger, Jhring-Wahlow und sonstige Wiederwärtler ähnlichen Art hoch in Gunst waren. —

Der Aufenthalt der deutschen Kaiserin-Mutter in Paris hat dort zu chauvinistischen Kundgebungen geführt, die von einem Theil der deutschen Presse in thörichter Weise, oder aus Berechnung, übertrieben werden. Die Bevölkerung von Paris für die Borntheit einzelner Individuen verantwortlich zu machen, ist ebenso unsinnig, als wenn man die Erzeße antisemitischer Stöckerlinge der Bevölkerung von Berlin in die Schuhe schieben wollte. Dort wie hier ist es nur eine winzige Minderheit, die aus niederen und vornehmten Böbel besteht und von jedem gebildeten und anständigen Menschen verurtheilt wird.

Daß eine Anzahl von Malern sich durch die chauvinistischen Heldemagogen hat beeinflussen lassen und unaerklärt, die diesjährige internationale Gemälde-Ausstellung in Berlin nicht beschiden zu wollen, kann bei der notorischen Gesinnungslosigkeit, die unter der Herrschaft des Kapitalismus in künstlerischen Kreisen herrscht, Niemandem Wunder nehmen. Weß Brot ich ess', desß Lied ich sing'! und die Herren Künstler stehen zu der Geldprogen-Gesellschaft, von der sie ihre „Bestellungen“ empfangen, in einem Bedientenverhältniß. Und die Geldprogen-Gesellschaft ist in allen Ländern chauvinistisch. Fast in noch höherem Grade als die Wissenschaft ist deshalb die

schaulich, ordinär; sie war niemals eine Mutter gewesen, nie, nie; sie hatte sie nie verstanden, nie Rücksicht auf sie genommen, nie versucht, ihr Zutrauen zu gewinnen. . . „geh' nicht von mir!! geh' nicht von mir!!“ nie, nie, hatte Krauskopf eine Mutter gehabt, und nie einen Vater, und nie einen Freund; nicht einmal Gott kümmerte sich um sie, nicht einmal Gott gönnte ihr etwas Gutes, nicht einmal Gott, nicht einmal Gott. . .

Frau Dolmen saß auf der Bettlante, über die Kranke gebeugt, und starrte mit leeren Augen, rathlos und verzweifelt vor sich hin. Sie verstand keine Silbe von all dem. Aber eine unbestimmte Angst hatte sich ihr unter der Dergarbe angesammelt, und die müden, dunklen Augen stierten hilflos hinaus wie in tiefe Nacht.

Fanny lag und wand und zog sich in langen, wellenähnlichen Bewegungen. Die Augen standen voll dumper Angst, die Nase war lang und spitz geworden und um den Mund und dessen ungleichmäßige schredliche Zuckungen breitete sich etwas Leichenartiges.

Und hierauf kam der Krampf.

Es war um einige Tage später. Fanny saß gelblich bleich und schlaff, von einem grünen Schlafrock umhüllt in Mamas Behnstuhl, und Mama huschte eifertig ein und aus und wartete ihr auf.

Auf dem Tisch stand der alte Toilettespiegel, eine Theetasse, ein Wasserglas und eine geleerte Bierflasche. Eine Menge vergilbter Papiere lag ringsum verstreut. Mama hatte aus diesem oder jenem Grund durchaus gewünscht, daß Fanny diese alten Sachen durchsehe und Fanny hatte es gethan. Uf, was Mama alles mitgemacht, all die Enttäuschungen, Beiseitsetzungen; alle Menschen gegen sich, den Pastor, die Obrigkeit; merkwürdig, daß sie nicht ganz zu Grunde gegangen. Es war graufam zu lesen, dies Dokument des Amtmanns; wie hatten sie ihr Spiel getrieben mit der hilflosen Wittwe, hatten gethan, als nähmen sie sich ihrer Sache ernstlich

an; hatten dieselbe hin und her, her und hingeschickt, ihre Namen schodweise darauf geschrieben und fürchterliche Umschweife gemacht, und hatten doch die ganze Zeit über gewußt, daß sie die arme Frau und ihre Kinder ebenso gern zum Kukul fahren ließen. . . Und dieser Brief vom Pastor Brandt. . . Es ist Ihre eigene Sache, dagegen Anstalten zu treffen! —

Arme Mama; arme, alte, gequälte Frau. . . Unter den Papieren lag auch ein Brief vom gestrigen oder heutigen Tag; derselbe war von Gram; armer Junge; er fühlte sich wohl auch unglücklich. Es ist etwas Altes an mir,“ schrieb er; ich kann nicht mit meinem ganzen Wesen lieben; Sie waren mir vielleicht mehr als irgend jemand, den ich bisher gekannt; aber ich sah die ganze Zeit über es vollkommen genau, daß ich Sie nicht heirathen könne; und dann kam noch dieser idiotische Einsall, für den ich Sie nun um Verzeihung bitte. . . Ich bin glücklich, daß Sie in jenem Augenblick mehr Verstand hatten als ich; wir zwei könnten ein solches Verhältniß nicht aushalten. . . Aber da ich ganz einfach allein nicht leben kann, so will ich es jetzt mit einer Vermustpartie probiren; das ist das einzige, was für ältere Individuen taugt. Sie ist gebildet, hat nichts besonders Abstoßendes, verlangt nichts, und sie weiß, was für ein Mensch ich bin. . . Leben Sie wohl. Dank für Alles. Zum Glück wird dies Ihnen wohl schwerlich viel machen. . .

„Du Mama“, sagte Fanny plötzlich.
„Ja, mein Kind?“
„Möchtest Du sehr gern, daß ich den Ratsoad heirathe?“
„Wen, sagst Du?“
„Na doch, ihn. . . den Tod von Läden, den Jolleinnehmer, wie heißt er denn nur?“
„Ayen, meinst Du?“ Mamas Hände begannen zu zittern.
„Ayen, ja?“

„Nein, Liebe, Du weißt, meinetroegen kannst Du thun, was Du willst. . . Allerdings, wie Du weißt, ist er avangiert, hat größeres Gehalt und. . .“

„Glaubst Du, daß er mich noch haben will?“
„Ob er Dich will? Armer Mann, er fragt beständig nach Dir. Während Du nun krank lagst, hat er Dir Bouquets geschickt; ich wagte aber nicht. . .“

„Glaubst Du, daß er im Stande ist, mich auf eine Reise ins Ausland zu schicken? — Ich kann es hier in der Stadt nicht aushalten. — Nein, nein, Mama; es ist nichts Derartiges; Du magst ganz ruhig sein. . . Allein ich will ich nicht mit haben, verstehst Du; nur Dich!“

„Ja, o ja, — ach, das läßt sich schon einrichten. . . Aber. . . meinst Du es wirklich im Ernst, Kind? — Es steht doch nicht schlimm um Dich?“

„Schreibe dem Jolleinnehmer, Mama. Will er die elenden Reste haben, die von mir noch übrig sind, so soll er sie bekommen; allein sie kosten eine Reise nach Italien.“

Mama wurde ganz verwirrt. Sie wollte schon in Pantoffeln nach der Stadt laufen; sie vergoß nahezu ihre Handschuhe. . . „Ich muß nun doch fort. . . und für meinen Krauskopf etwas Gutes zu Mittag kaufen; und da ist's möglich, daß ich ihn treffe. . .“

„Das wirst Du gewiß, Mama. Adieu.“ —

„Fanny sank in den Stuhl zurück und schloß die Augen; Man kann ja immerhin vom Dampfschiff über Bord springen,“ murmelte sie. —

Pflichtlich ergriff sie den alten Toilettespiegel. Ach ja, nun sah sie schon aus! „Es fällt das Laub; nun mag die Welt mich haben! — Ganz richtig, gelb. . . Was in Himmels Namen war aber das? Ein Strich? — ein kleiner, feiner, schwarzer Strich, — eine Ahnung von einem Strich. . . vom Nasenflügel herab zum Mundwinkel. . . Ach keine Spur!“ — Doch! Doch! Bei Gott! — Er war da und man konnte sich nicht täuschen über den Strich! — Da hatte das Krausköpfchen seine erste Walle.

Kunst durch das Regiment der Bourgeoisie korrumpirt und demoralisirt.

Dah auch ein Theil der Pariser Presse in das chauvinistische Horn bläst, ist bei den herrschenden Presszuständen sehr natürlich — sind die Zeitungen doch fast ausnahmslos Bourgeois-Unternehmungen und im Solde der Bourgeoisie.

Außerdem darf nicht verschwiegen werden, daß nach zuverlässigen Berichten von deutscher Seite in Paris allerhand Taktlosigkeiten begangen worden sind, welche notwendig verurtheilt werden mußten. Der Besuch des Pariser Saales, in welchem 1870 das deutsche Kaiserthum proklamirt, und des Schlosses von St. Cloud, das 1870 in Trümmer geschoffen ward, konnte nicht verfehlen, böses Blut zu setzen. Und ein geradezu ungläublicher Mißgriff war es, daß seitens der deutschen Gesandtschaft der Versuch gemacht wurde, der französischen Presse in Bezug auf die Verichterstattung gewisse Schranken aufzuerlegen, die sich wohl eine deutsche Kaiserzeitung gefallen läßt, nimmermehr aber die Presse eines freien Landes.

Es scheint, daß die chauvinistischen Heheteien gewissen Leuten in Deutschland sehr willkommen sind; und einem Pariser Telegramm zufolge, das uns im Laufe des Tages zugegangen ist, haben die Abgeordneten Clemenceau und Floquet in der französischen Kammer die Ansicht geäußert, daß gewisse deutsche Hehartikel, z. B. ein erzinsamer der „Kölnischen Zeitung“ von „Feinden der Friedenspolitik des Kaisers“ ausgegangen sei. Bemerkenswerth ist, daß die „Kölnische Zeitung“ bis vor Kurzem ein Sprachrohr des getreuen Basallen im Sachsenwalde war, und daß dessen jetziges Haupt-Verdorgan: die „Hamburger Nachrichten“ sofort als die Kaiserin Wittve nach Paris abfuhr, einen giftstrotzenden Artikel in die Welt schickte, der offenbar darauf berechnet war, in Paris eine übele Stimmung zu erzeugen.

Die Politik ist ein Handwerk, welches das Licht nicht vertragen kann — hat der „getreue Basall“ einst im Reichstag gesagt, als er noch nicht a. D. war.

So ist haben und drüben gesündigt worden. Zum Glück sind das aber unbedeutende Vorkommnisse, die auf den Gang der Dinge keinen Einfluß ausüben können.

Es hat sich hier wieder einmal gezeigt, wie ohnmächtig im Großen und Ganzen doch der individuelle persönliche Wille ist. Der Gedanke, welcher die Reise der Kaiserin Wittve nach Paris eingab, war sicherlich ein guter; und ist als solcher von jedem Menschenfreund, der den Weltfrieden erstrebt und in dem Nationalitätenhaß einen Ueberrest rohester Barbarei erblickt, — auch unweifelhaft anerkannt worden. Allein die Folgen der Bismarck'schen Politik und Eisenpolitik, die wir, selbst in Deutschland noch lange nicht überwinden haben, lassen sich im internationalen Verkehr nicht mit einem Federstrich oder einem Machtsprüche beseitigen.

Das namentlich in Frankreich, welches in so hohem Maße das Opfer der Bismarck'schen Politik geworden ist, die Vergangenheit nicht einfach nach Wunsch und auf Kommando ausgereinigt werden kann, daß leuchtet bei dem mächtigsten Nachdenken schon ein.

Die Wiederannäherung und endgiltige Verbrüderung des deutschen und des französischen Volks, wie aller Kulturvölker, wird das Werk der arbeitenden Klasse sein, die in keinem Kulturlande sich von dem Gift des Chauvinismus hat erfassen lassen und an die allgemeine Brüderlichkeit der Menschen glaubt. Die arbeitende Klasse ist aber gegenwärtig unterdrückt — sie ringt um ihre Emanzipation, und erst an dem Tag, wo diese erlangt ist, wird der Weltfrieden, der bis dahin ein frommer Wunsch ist, Wahrheit und Wirklichkeit sein.

Die Nachwahl im 19. hannoverschen Wahlkreise ist auf den 15. April angelegt.

Der diesjährige internationale Kongreß unserer Partei wird am 8. Sonntag des August eröffnet werden und eine Woche lang in Brüssel tagen. Auf der Tagesordnung stehen:

1. Der Stand der nationalen und internationalen Arbeitsgesetzgebung und die Mittel sie auszubilden und wirksam zu gestalten.

2. Das Koalitionsrecht und seine Garantien; die Streiks und Boykotts; die gewerkschaftliche Bewegung vom internationalen Gesichtspunkte.

3. Die Stellung und die Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber dem Militarismus.

Die Berichte über die Lage der Arbeiter und des Sozialismus in jedem Lande sollen auf Kosten der Parteien und Organisationen der betreffenden Länder in drei Sprachen (deutsch, französisch und englisch) gedruckt werden, zum Zwecke der Vertheilung an die Kongreßdelegirten.

Der Kongreß steht allen Arbeiterorganisationen und allen sozialistischen Parteien offen.

Die Frage der Verfassungsrevision hat in Belgien nicht nur alle bürgerlichen Parteien in Verwirrung gebracht, sie hat auch zu einer Ministerkrise geführt. Ein Brüsseler Telegramm des Bureau Herold meldet hierüber:

Wie aus sicherer Quelle verlautet, hat soeben Burlet an Stelle des zurückgetretenen Melot das Unterrichtsministerium übernommen. Burlet ist für die Verfassungsrevision.

Auch in Rumänien ist jetzt eine Ministerkrise ausgebrochen.

In Rumänien hat die sozialdemokratische Bewegung einen neuen Erfolg zu verzeichnen, indem durch die fortwährende Agitation der lausmannischen Angehörigen die Regierung genöthigt wurde, den Kammern einen Gesetzentwurf betreffs die Sonntagsruhe vorzulegen. Die erste Anregung hierzu wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten Radebe und Mille gegeben, welche in richtiger Erkenntnis der Sachlage eine Sonntagserklärung für die gewerblichen Arbeiter so lange als unzureichend erklärten, als nicht auch die Verkaufsgeschäfte zur Schließung erklärt, als nicht auch die Vertheilungsgeschäfte zur Schließung ihrer Läden am Sonntag genöthigt würden. Obgleich nun die jungen Kaufleute keineswegs wagen, offen mit der sozialistischen Partei zu sympathisiren, so griffen sie doch die von ihr gegebene Anregung bereitwillig auf und brachten durch eine äußerst rege Agitation und durch die Verhängung der Sperre über einzelne widersprechende Geschäftsinhaber dahin, daß die Regierung schleunigst einen Entwurf zur gesetzlichen Regelung der Sonntagseruhe ausarbeiten ließ. In der Bourgeoisie ist man natürlich sehr erzürmt über dieses entschlossene Vorgehen der Handlungsgehilfen und man will versuchen, die Erledigung des eingebrachten Ent-

wurfs zu verhindern. Damit aber würde nur erreicht werden, daß sich die bisweilen recht unangenehmen Szenen vor den an Sonntagen geöffneten Geschäften regelmäßig wiederholen und da man in Rumänien durch Straßendemonstrationen noch immer viel auszurichten vermag, so hoffen die jungen Kaufleute ihr Ziel zu erreichen.

Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

Hamburg, 26. Februar. Als Antwort auf die Reklamationen seitens der Tabakarbeiter gegenüber der neulichen lägenhaften Depesche des Wolff'schen Telegraphenbureau's, daß die Arbeiter in einer Versammlung zu jedem freigestellt hätten, den Revers der Fabrikanten zu unterzeichnen, so daß damit der Ausstand der Hamburg-Altonaer Tabakarbeiter zu Ende sei, — erschien in der gestrigen Ausgabe des „Hamb. Echo“ folgende Erklärung.

Infolge in der letzten Woche aufgetauchter irriger Berichte über unser Verhalten gegen die ausgesperrten und im Ausstand befindlichen Arbeiter, wurde heute in einer vollständig besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, abermals zu erklären, daß wir an unseren ursprünglichen Forderungen festhalten, also noch wie vor keine Hausarbeiter, Hilfsarbeiter und Sortirer beschäftigen werden, welche dem Unterstützungsvorstand der deutschen Tabakarbeiter, beziehungsweise dem Freundschaftsklub der Hamburger Zigarren-Sortirer angehören.

Hamburg, 23. Februar 1891.
Der Verein der Zigarrenfabrikanten von 1890.

Jetzt nun thun die edlen Herren Fabrikanten noch so, als wenn die „irrig“ Nachricht sich auf ihr Verhalten bezogen hätte, während es doch sehr nahe liegt anzunehmen, daß sie selber der Depesche der genannten Agentur nicht fern ständen, um Verwirrung in die Reihen zu bringen. Um bemerkenswertheiten in obiger „Erklärung“ jedoch ist der Satz „gegen die ausgesperrten und im Ausstand befindlichen Arbeiter.“

Hier wird doch endlich einmal vom Unternehmern offen eingestanden, daß sie ihre Arbeiter „ausgesperrt“ haben, und zwar weil sie dem Unterstützungsvorstand der deutschen Tabakarbeiter und dem Freundschaftsklub der Zigarrensortirer angehören.

Somit hört man immer nur die Dellektionen der Herren Stumm, Viehl und Genossen von den „maßlosen Forderungen der hegebrüchlichen Arbeiter“. Hier aber gesteht der Fabrikantenverein mit dürren Worten ein, daß er die Vereine der Arbeiter verdrängt hat und deshalb die Arbeiter „aussperrt“.

Auch in einer der letzten Sitzungen des Reichstages wurden von der rechten Seite des Hauses die „Forderungen“ der Hamburger Heizer und Trimmer als „maßlos“ bezeichnet.

Entweder ist es grobe Unwissenheit oder böswillige Entstellung der Thatsachen, wenn von „maßlosen Forderungen“ der Heizer und Trimmer geredet wird. Maßlose Forderung wird nur von den Hegebrüchlichen erhoben, welche, wie von dieser Stelle schon mehrere Male erörtert, die Monatsheuer der Leute für lange Fahrt um 20—25 pCt. kürzen, von 75 M. auf 65 M. resp. 75 M. auf 55 M. herabsetzen wollen, daß die Arbeiter sich eine solche Ausbeutung nicht ruhig gefallen lassen wollen, ist doch keine „maßlose Forderung“. Es wäre interessant zu erfahren, wie der nationalliberale Abgeordnete Herr Müller sich verhalten würde, wenn man ihm sein Einkommen plötzlich um ein Viertel oder Fünftel kürzen würde!

Vorläufig besteht ein Theil der Hegebrüchlichen immer noch auf ihren „maßlosen Forderungen“ dem Heizerpersonal gegenüber. Es wird immerfort noch versucht, Leute als Heizer oder Trimmer anzuwerben, natürlich zu den niedrigsten Löhnen. Leider durch die Noth gezwungen, geben manche darauf ein, sie denken dann doch wenigstens von der Strafe zu sein; ob ihre Kräfte den an sie gestellten Anforderungen auch gewachsen sind, bedenken sie vor der Hand nicht. In mehreren Fällen aber haben sich die Maschinen der Dampfer gemindert, mit folchem durch die Noth des Lebens zum Dienst „gepreßten“ Heizerpersonal in See zu gehen, so daß die Hegebrüchlichen, welche die Werber und Preiser bilden, ihre angeworbenen Rekruten wieder zurückziehen mußten. Von der W r m a n n - Linie wurde vor einiger Zeit, als der letzte Schneefall herunter gegangen war, ein frisch importirtes Regentennetz, bei der Kiste nur mit dünnen Dreihosen und dito Jacken auf das Nothdürftigste bekleidet, zum Theil barfuß im Schnee, durch die Hafengegend eskortirt, so daß sogar Bourgeoisfeelen darüber empört waren und im „Hamburger Fremdenblatt“ ihrer Entrüstung Ausdruck verliehen.

Auch im Baugewerbe munkelt man von einer beabsichtigten Lohnreduktion in der bevorstehenden Bauperiode. Die Innungs- und Bundesmeister der Maurer sollen, so wird erzählt, anstatt des bisherigen vereinbarten einheitlichen Stundenlohnes von 80 Pf. einen flüssigen Stundenlohn von 40 bis 50 Pf. einführen wollen. Um die hiesigen Arbeiter gefügig zu machen, werden schon jetzt Polen importirt. Es wäre Sache der polnischen Arbeiterzeitung zu versuchen, in Posen, Schlesien u. s. w. Aufklärung in dieser Angelegenheit zu verbreiten, wenn gleich zu befürchten, daß die polnischen Arbeiter noch wenig Begriff von Solidarität haben und unseren Ermahnungen nicht viel Gehör geben.

Ebersfeld. Die Ablehnung eines Strafrichters seitens des Angeklagten wegen Befangenheit kann nach § 24 der Strafprozeß-Ordnung stattfinden, wenn ein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des Richters zu rechtfertigen. Von diesem Rechte hat am 24. d. M. der Redakteur der sozialdemokratischen „Freien Presse“, Herr Grimpe, Gebrauch gemacht. Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Krefeld sollte am genannten Tage gegen ihn verhandelt werden wegen Vergehens wieder § 168 des Strafgesetzbuchs. Dasselbe soll in einem Artikel über die „Fruchtbare Thätigkeit der Mönchsorden“ durch Beschimpfung von „Eintichtungen der katholischen Kirche“ begangen worden sein. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Grimpe, die Klage gegen einen anderen Gerichtshof zur Entscheidung zu überweisen; da die Anklagesache angeblich Beschimpfung der katholischen Kirche behandle, die Richter des Gerichtshofes aber sämtlich dem katholischen Glauben angehören, so besorge er Befangenheit. Der Präsident erwiderte, er wisse selbst noch nicht einmal ob sämtliche Richter katholisch seien, was jedoch durch Befragen seine Bestätigung erfuhr. Der Staatsanwalt beantragte Anweisung des Antrages und Eintritt in die Verhandlung. Der Gerichtshof zog sich zur Berathung zurück und verkündete sodann, daß er nicht kompetent sei, über diesen Antrag zu entscheiden, da sämtliche Richter katholisch seien; der Antrag wurde dem Oberlandesgericht zu Köln überwiesen, welches dann zu befinden habe, welchem Gerichtshof die Anklagesache zur Entscheidung zu übertragen sei.

Mainz. Der Mainzer „Arbeiterorden“ ist nun verschieden und in aller Stille zu Grabe gebracht worden. In einer am 24. d. M. stattgehabten Generalversammlung fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

In Erwägung, daß die heutige kapitalistische Produktionsweise immer neue zahlreichere soziale Kämpfe hervorruft; in weiterer Erwägung, daß diese Produktionsweise wirtschaftliche Krisen, Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit im Gefolge hat und daß die

Lösung praktischer Fragen, wie z. B. Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, statistische Aufnahmen derselben u. s. w. die Zusammensetzung aller Kräfte des arbeitenden Volkes vollständig bedingt, so erklären die Versammelten, den Arbeiterorden als unzulänglich zu erachten, indem derselbe Verein auf dem Wege gütlicher Vermittlung die Lösung solcher wirtschaftlicher Fragen vorzunehmen gedenkt, die aber unter den heutigen sozialen Verhältnissen als vollständig ausgeschlossen gelten. Die Versammlung beschließt deshalb, den Arbeiterorden aufzulösen und den Mitgliedern den Beitritt in die Arbeiter-Vereine zu empfehlen.

Weiter wurde durch einstimmige Annahme beschlossen, das Vereinsvermögen (Bibliothek, Schrank und Kassenbestand) dem Mainzer Verein nichtgewerblicher Arbeiter zu überweisen und darauf erfolgte die Wahl einer Liquidationskommission.

Die „Mainzer Volkszeitung“, das Organ der dortigen Sozialdemokratie, bemerkt dazu:

Wir haben uns stets frei von jeder Sympathie für diesen „Arbeiterorden“ gewußt, glauben aber doch, daß dessen Gründer die redliche Absicht hatte, auch seinerseits etwas für die Arbeiter zu thun. Daß die Art, in der dies geschehen sollte, verfehlt war, wird er nunmehr begreifen und nun, um ein Ideal ärmer, aber an Erfahrungen reicher sein. Mit Ueberweisung seines Vermögens zu gedachtem Zwecke dürfte der Orden wohl das Nächstbeste seiner ganzen Thätigkeit aufzuweisen haben.

Parlamentarisches.

Petitions-Kommission.

Sitzung vom 26. Februar, Vorm. 10 Uhr.

Nach Feststellung einiger Berichte bleibt der Vorsitzende besamt, daß auf Anweisung ihrer Vorgesetzten zwei Regierungs-Kommissionen verweigert haben, eine schriftliche Berichterstattung über die Erklärungen, welche sie gelegentlich der Berathung einiger Petitionen abgegeben haben, zu den schriftlichen Berichten zu geben. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Büsing, giebt der Kommission die Behandlung der Frage anheim.

Die Kommission will augenblicklich keinen casus belli aus der Angelegenheit konstruiren, behält sich dagegen vor, für die Berathung der Petitionen, bei welcher Regierungskommissionen anwesend sind, Stenographen hinzuzuziehen, welche die Erklärungen der Kommissionen festlegen.

Ferner soll in den schriftlichen Berichten an das Plenum die Weigerung der Regierung seitens der Berichterstatter hervorgehoben werden. — Zwei Petitionen, welche Beschränkungen für Konsumvereine und den Hausirhandel fordern, geben zu einer Debatte Anlaß, welche den größten Theil der Sitzung ausfüllt. An der Debatte betheiligen sich die Abgeordneten Wattenberg, v. Kehler, Münch, Dr. Guttschick, Geier, Schell, Gulich und die Regierungskommissionen Reg.-Rath Doktor Wilhelm, Reg.-Rath Professor Jaup. Drei Anträge werden gestellt: Der erste will die Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung, der zweite zur Kenntnisaufnahme überweisen, während der dritte Antrag Uebergang zur Tagesordnung dem Plenum empfehlen will. Der erste Antrag findet durch die Stimmen desentrums, der Konservativen und des Volksparteiers mit zwölf gegen neun Stimmen Annahme. Ferner petitioniren „Jannungsmeister“ um gesetzliche Bestimmungen, welche den Nicht-Jannungsmeistern die Führung des Titels „Meister“ untersagt. Trotz der eingehenden Darlegung der Nothwendigkeit der Forderung durch die Regg. Mehger, Geier und Münch nahm die Kommission den Antrag an, die Petition der Regierung zur Erwägung zu empfehlen. Nächste Sitzung morgen früh 10 Uhr.

Die 4. und 5. Sitzung der Branntweinsteuer-Kommission fanden Mittwoch und Donnerstag Abend statt. Zur Diskussion stand der Antrag Gröber (Zentrum), es solle eine Revision der Ausführungsbestimmungen zum Branntwein-Gesetz in der Richtung eintreten, daß die Verhältnisse der kleinen landwirtschaftlichen Brenner eine größere Berücksichtigung finden. Ferner stellte Dr. Simonis (Wahl) den Antrag: Landwirthe, welche nur eigene Erzeugnisse aus Trauben, Obst, Beeren brennen, erichten an Branntwein-Materialsteuer die Hälfte der bisher angelegten Beiträge. Selbsthergezeugtes gefallenes unreifes Obst ist von der Materialsteuer befreit. In längeren Debatten wird hervorgehoben, daß die kleinen Brenner vom bestehenden Gesetz mehr Schaden als Nutzen hätten. Dr. Simonis erklärt, die elasser Handtrunk-Brennereien würden durch das Gesetz vernichtet. Die Regierungsvertreter erklären beide Anträge für unannehmbar; im Fall der Annahme müßte die Regierung die ganze Vorlage fallen lassen. Trotzdem wird der Antrag Gröber mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen; Antrag Dr. Simonis gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag des Dr. Bühl: Die steuerliche Kontrolle der Brennereien und Branntwein-Reinigungs-Anstalten mit Einschluß der in denselben befindlichen Privatlager erfolgt in den vom Bundesrath näher zu bestimmenden Grenzen gebührenfrei, wird mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Soziale Uebersicht.

Halle, 26. Februar. Der Streik der Formner bei Heilandt und Ungnade dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten.

Die organisirten Schuhmacher Erfurts sind, nachdem sie eine viermonatliche Sperrung mit außerordentlichen Entbehrungen durchgemacht haben, noch immer nicht in der Lage, Arbeit zu erhalten. Die Sperrung wurde unsererseits am 10. Februar für beendet erklärt, da an einen Sieg nicht mehr zu denken war. Wir hätten uns noch nicht so hoffnungslos ergeben; es würde uns aber jede Verhandlung kurz abgeknippt. Nach Beendigung der Sperrung bemühte sich ein Jeder nach Arbeit, leider stellten die Fabrikanten nur Wenige ein, so daß viele Familienwälder gezwungen waren, Erfurt zu verlassen. Die Zahl der Gemahregelten betrug am 14. Februar noch 128 Mann, und sie mußten sich mit einer Unterstützung von 5 M. begnügen. Da der Unterstützungsfonds, welcher von unserem Kollegen Hof verwaltet wird, durch die enormen Ausgaben gänzlich erschöpft ist, sind wir lediglich auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft Deutschlands angewiesen. Es sind im Laufe der vergangenen Woche noch verschiedene Kollegen abgereist, so daß sich die Zahl der Gemahregelten bis zum 21. Februar bis auf 88 Mann reduziert hat. Für diese Leute ist vorläufig keine Aussicht vorhanden, Arbeit zu erhalten. — Arbeiter Deutschlands! Wir haben gekämpft, wie es Männern zukommt, helft uns noch weiter, verlagst uns eure Hilfe nicht, wir werden später auch wieder, wenn sich unsere Brüder im Kampfe befinden, helfend einspringen. Das Streikkomitee.

Achtung chirurgische Bräute! Unterstützungsgelder für die ausgesperrten Arbeiter werden entgegengenommen: Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags im Restaurant Zentner, Münzstr. 11. Auch sind daselbst Listen zu haben. O. Wille, Vertrauensmann.

In unserer gestrigen Nummer sind durch ein Versehen beim Umbrechen auf der zweiten Seite des Hauptblattes die beiden Schlusszeilen der zweiten Spalte (Politische Uebersicht) zu Anfangszellen der zweiten Romanspalte geworden. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

Theater.

Sonnabend, den 28. Februar.
Opernhaus. Lindine.
Schanzpielhaus. Romeo und Julia.
Kessing-Theater. Der Probepfeil.
Berliner Theater. Rean.
Deutsches Theater. Die Kinder der Ezellen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelbändler.
Wallner-Theater. Mich Helvet.
Residenz-Theater. Der selige Loupinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sallealliance-Theater. Pension Schäler.
Ostend-Theater. Heinrich Heine. Vorher: Der Präsident.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Baummann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Siederfängerin.
Paul Jülich, Gesangsbariton.
Mr. Goswin, Musik. Regier-Clown.
Fr. Bonn, Kothüm-Soubrette.
Gebr. Corradini, Tanz-Duetttisten.
Mons. Bernard, Schnellzeichner.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Zügl.:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Rodmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79.

Zügl.:
Grosses Concert mit Quartett-Gängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor G. Sanftleben.
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Extrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.
 Öffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Berl. Bock-Brauerei, Compshofer Berg.

Täglich:
Alt-Berlin auf d. Bock.
 Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der

Bock-Saison 1891,

verbunden mit gr. Militär-Konzert.
 Anfang:
 Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
 Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

Spandauer Berg.

Täglich in beiden Stabliements:
Bock-Bier
 Ausshank. 224L
 Freunden u. Genossen empfehle mein Zigarren-Geschäft 578b

C. Reinicke, Wartenfelsstr. 9.

Güte m. Kontrolmarke
 zu billigsten Preisen empfiehlt 1948
L. Spiegel, Rosenthalerstr. 45.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Platz.
 Sonnabend, den 28. Februar:
 Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung.

Besonders hervorzuheben: Die 4 fache Fahrschule mit 8 Schulperden ger. v. Fel. Adela, Postill, den Hrn. May u. Ernst Schumann. Russl. Entree der Clowns Gebr. Porman; Reittänzerin Fel. Helene; Fidius, asiat. Kasse, als Springpferd, vorgef. v. Direktor. Pas de trois auf zwei nebeneinanderlaufend. Pferden. Mr. Loyal, anerkannt bester Jockey. Reiter- und Spring-Entree sämtlicher Clowns. Erstes Aufstehen der berühmtesten Reiterin der Gegenwart, Miß Ella, (Parodie von Clown Little Bird).
 Zum Schluß der Vorstellung:

Circus unter Wasser. Die Marionetten.

oder:
Täuschungen in ein. Damen-Pensionat. Sensationelle Wasserpantomime. Spezialität: Die Wassernymphen. Die Marionetten.
 Sonntag 2 Vorstellungen.
 Nachm. 8 1/2 und Abends 7 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen:
Zirkus unter Wasser.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,** Frühstück, Mittag- und Abendlich. Arbeiterblätter liegen aus. Billard steht zur Verfügung. 56L

C. Boll, Wienerstraße Nr. 1-6.

Geschäfts-Gründung.
 Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich **Grenzstraße 1** ein **Restaurations-Lokal** eröffnet habe. 469b Ernst Poillon.

Empfehle allen Freunden u. Genossen das **Ernst Müller'sche Schanklokal,** Rüdersdorferstr. 60. Vertreter **Friedrich Wehge, Metallbrüder a. D.**

Achtung!
 Empfehle allen Freunden u. Genossen mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.** Ein großes Vereinszimmer für Gesellschaften zu vergeben. Paul Drügemüller, 207L Wienerstr. 91.

Den Genossen halte ich meine **Maschinen-Garderobe** bei Bedarf best. empfohlen. Größte Auswahl. Bill. Pr. Vereinen Preisermässigt.
Fr. Panknin,
 Oranienstraße 178, Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.

F. Stenzel's
Elegante Masken-Garderobe, 118 Dresdener-Strasse 118, empfiehlt sich den Besern des „Vorwärts“ zu billigsten Preisen. 111

Alle Uhren werden sauber und sorgfältig repariert unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler,** Berlin N., Reinickendorferstr. 29, gegenüber der Danke-Straße, 23L. Lager aller Arten Uhren, Uhrketten.

Marken- u. quittieren von **Partei-Beiträgen** 51L
 empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig.**
 Preisliste gratis und franko.

Nothabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage befanntlich **Größte Auswahl. Garantiert scharf brennende Cakete.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Lade'schen Markt. 748

Allen Genossen empfiehlt sein Lager von **Filz- und Seidenhüten** m. Arbeiter-Kontrollmarke, sowie Mützen in allen Genres. 215L
C. Polvogt, Frobensstraße Nr. 12, Ecke Bülowstraße.

Albrecht's Bäckerei, Wrangelstr. 8 und Langestr. 26, liefert das größte Brot für 50 Pf. 117L

Unserem Freunde und Genossen, dem Schuhn. **Carl Gramsch** zu seinem 25 jährigen Arbeiter-Jubiläum ein dreimal donnersdes Hoch. 708b
P. G. M. G.

Genossen, welche gewillt sind, d. neu zu gründenden Arbeiter-Gesangverein „Olympia“ 698b beizutreten, werden ersucht, sich bei **F. Mundt, Schleißerstraße 12, Zigarrengeschäft,** ebenso **d. W. Schenk, Fohnerstr. 33, S. III,** zu melden.

Allgemeiner deutscher Sattler-Verein.

Mitgliedschaft Berlin.
 Sonnabend, 28. Febr., Abds. 8 1/2 Uhr, bei Meyer, Alte Jakobstr. 83.
Anherord. Generalversammlung
 Tagesordnung: 1. Anträge zu der am 30. und 31. März zu Hannover stattfindenden Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten. 3. Verschiedenes. 264/3
Der Vorstand.

Zimmerleute!

Montag, den 2. März, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.
Versammlung des Lokal-Verbandes.
 Tagesordnung: 1. Vortrag d. Hrn. A. Schweizer über Nationalrecht u. Nationalarmuth. 2. Abrechnung v. Schuldenvergnügen. 851/5
Der Vorstand.

Fachverein der Tischler u. s. w.

Sonntag, 1. März, Vormittags 10 Uhr, in Nordert's (fr. May's) Restaurant, Beuthstr. 21-22. 818
Vorstands-Sitzung.
 Diejenigen Mitglieder, welche ihre Unterthätigkeit zum Besuch der **Handwerkerschule** noch nicht abgeholt, werden ersucht, in der Vorstands-Sitzung zu erscheinen.

Vereinigung der Draht-Arbeiter.

Sonnabend, den 28. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Grenadierstraße 83.
Versammlung.
 Der Drang nach Selbstständigkeit. Ref. St. Stadtverordneter **Otto Klein.** 130/4
Der Vorstand.

Rixdorf!

Montag, den 2. März, in **Wiering's Hall-Salon** (früh. Troll), Ansebeckstr. 72.
Große öffentliche Versammlung d. sozialdemokrat. Bes. u. Diskutir-Klub „Freie“.
 Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Franz Euhauer.** Diskussion, Verschiedenes. Zu zahlreichem Besuch ladet ein 679b
Der Vorstand.

Achtung! Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!

In der Pianoforte-Fabrik von **Mab & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zuhalten. 185
Die Kommission.
 NB.: Sammellisten können jeden Abend bei Winger, Nauannstr. 78; bei F. Meyer, Andreaskstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden **B. Neumann, Kieferstr. 183, 2. Hof,** im Keller, empfangen und abgegeben werden.

Zeige hierdurch an, daß ich das feinerzeit von **Hrn. A. Möwes** käuflich übernommene Geschäft **„A. Möwes' Gesellschaftshaus“** jetzt unter meiner Firma **„Reinhold Krösche's Gesellschaftshaus“**, **Fichtestr. 29,** weiter fortführen werde; indem ich bitte, das meinem Herrn Vorgänger in so reichem Maße geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen zeichne Hochachtungsvoll 699b
Reinhold Krösche, Fichte-Str. 29.

Martin Klein, 43L Uhrmacher,
25 Neue Hochstr. 25 empfiehlt sein Lager aller Arten **Wand- und Taschen-Uhren.** Reparaturen zu soliden Preisen.

Fachverein der Tischler (Norden).

Montag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Schröder (Wedding-Park), Müllerstr. 178:
Große Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Hrn. Dr. Lütgenau über: „Die Alters- u. Invaliditätsversicherung der Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 813
 Der wichtigen Tagesordnung halber bittet um recht rege Theilnehmung der Kollegen aller Branchen
Der Bevollmächtigte.

Berein z. Wahr. d. Interessen d. Klavierarbeiter u. verw. Berufsg.

Bereins-Versammlung
 am Montag, den 2. März, cr., Abends 8 Uhr, in „**Deigmüller's Salon**“, Alte Jakobstraße 48a. 185/17
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Invaliditäts- und Altersversicherung“. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streit bei **Mab & Co.** 4. Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes.
 NB. Zu dieser Versammlung ist der Herr **Küster Mennel**, Rixdorf, Bergstr. 24, als Arbeitsvermittler für die Pianofabrik von **Mab & Co.** eingeladen. 203/2
Der Vertrauensmann: Feinr. Kantenhaus.

Achtung, Lackierer!

Große öffentl. Versammlung
sämmtl. Blech-, Wagen- u. Möbel-Lackierer Berlins
 am Montag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, in **Reyer's Lokal,** Alte Jakobstraße 83.
 Tages-Ordnung:
 1. Das Koalitionsrecht der Arbeiter. Ref.: Reichstags-Mitgl. **Th. Schwartz.**
 2. Diskussion. 3. Wie gedenken wir den 1. Mai zu feiern? 4. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 203/2
Der Vertrauensmann: Feinr. Kantenhaus.

Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer

am Sonntag, den 1. März, Abends 6 Uhr, in „**Gratweil's Bierhallen**“, Kommandantenstr. 77-79. 153/123
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. Referent: **A. Auerbach.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Geselliges Beisammensein.** Genossen und Genossinnen laden zu recht zahlreichem Besuch ein
Die Scaustragten.

Freie Vereinig. der Album-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Montag, d. 2. März, Abds. pünktl. 8 1/2 Uhr, i. d. Zentral-Festsälen, Oranienstr. 180:
Vereins-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Kulturaufgaben“. Ref.: **Dr. Fronsdorfer.**
 2. Der Nutzen des Arbeitsnachweises. Ref.: **A. Sturm.** Event. Wahl der Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um pünktl. Erscheinen bittet, da pünktlich angefangen und geschlossen wird
Der Vorstand.

Achtung! Filzschuh-Arbeiter. Achtung! Gr. öffentl. Versammlung mit Frauen

am Sonnabend, den 28. Febr., Abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Zomter, Mühlstraße Nr. 11.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Hrn. H. Pöns über: „Die Stellung der Frau in der Industrie“. 2. Diskussion.
Nachher: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.
 Zur Deckung der Unkosten Zellersammlung. Um pünktl. und zahlreiches Erscheinen sowie Einführung von Gästen bittet
Der Einborater.

Interessenverein d. Buchdruckerei-Hilfsarbeiter Berl. u. Umgeg.

Sonntag, den 1. März, Vorm. 11 Uhr, in „**Schmidel's Fest-Sälen**“, Alte Jakobstraße 82:
Mitglieder-Versammlung. 127
 Tagesordnung wichtig. Das Erscheinen der Mitglieder dringend nöthig.
 Bittet zum **Familien-Fränkchen**, welches am **Sonntag, den 8. März,** in demselben Lokale stattfindet, sind in der Versammlung, bei den Vorstandsmitgliedern und im Arbeitsnachweis **Eilfabethufer 28,** bei **Krüger,** zu haben.
Der Vorstand.

Achtung! Vergolder. Achtung! Große öffentliche Versammlung der Vergolder, Vergolderinnen u. Berufsgen.

am Sonntag, den 1. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, in **Scheffer's Salon,** Inselstr. 10.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Streik-Komitees. Ref.: **Koll. Vogt.** 2. Verschiedenes. Der Wichtigkeit wegen darf kein Vergolder, Vergolderin und Berufsgenosse fehlen.
Das Streik-Komitee.

Allen Freunden und Genossen empfehle meine **Destillation, Landsbergerstr. 41. P. Weber.** 697b
 Alle Arbeiterblätter liegen aus.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Berlin SW., Beuthstraße 3.
 In unserem Verlage erschien soeben der dritte Neudruck von:
Zwei Reden
 zum
Reichshaushalts-Etat,
 gehalten von **August Bebel**
 im Deutschen Reichstag am 9. und 11. Dezember 1890.
 32 Seiten 8°. Preis 10 Pf., 100 Exemplare 8 Mk.
 Wir empfehlen obige Reden fortgesetzt den Parteigenossen als ausgezeichnete Agitationschrift. Sie ist von aktueller Bedeutung insofern, als die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung, die jeder am eigenen Leibe verspürt, darin eingehend beleuchtet wird.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

76. Sitzung vom 27. Februar. 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Caprivi, v. Kattenborn, Stachau und Kommissarien.

Auf der heutigen Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1891 bis 1892 und zwar der Etat für die Verwaltung des Reichsheeres.

Beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers, hebt der Referent Abg. v. Kattenborn hervor, daß die Mehrausgaben der Militärverwaltung folgende seien: Die Ausgaben für die Verwandlung von 149 Hauptmanns- in Majorsstellen; für die Unteroffizierprämien; für Pferdegedel; für die Erweiterung des Kadettenkorps und für zwei neue Unteroffizier-Vorschulen. Ueber die Einzelheiten wird bei den betreffenden Titeln berichtet werden.

Die Kapitel Kriegsministerium, Militärkassenwesen, Militär-Intendantur, Militärgerichtsbarkeit, werden ohne Debatte genehmigt. Beim Kapitel Militär-Justizverwaltung fragt Abg. v. Gumbel (nkl.) nach der Lage der Vorarbeiten für die neue Militär-Straf-Prozessordnung.

Kriegsminister v. Kattenborn-Stachau: Die Reform der Straf-Gesetzgebung für das Heer ist in der Bearbeitung, sie wird nach Kräften gefördert. Ich bin aber nicht im Stande, zu sagen, wann sie im hohen Hause zur Vorlage gelangen wird.

Das Kapitel über die Besoldung, ebenso die Kapitel: Höhere Truppenbefehlshaber, Gouverneure, Kommandanten und Platzmajors, Adjutanturoffiziere, Generalstab und Landes-Bermessungswesen, Ingenieure und Pionierkorps, und zwar alle diese Kapitel unter Vorbehalt der Entscheidung über die Frage der Nationen, welche beim Kapitel 32: Ankauf der Remontepferde, erfolgen soll.

Im Kapitel 24: Geldverpflegung, sind mehr gefordert worden 171 Stellen für Bataillonskommandeure zur Umwandlung von eben so viel Stellen der dreizehnten Hauptleute in Majorsstellen; die Mehrausgabe beträgt 307 800 M.; die Kommission hat diese Mehrforderung abgelehnt.

Kriegsminister v. Kattenborn-Stachau: Die Heeresverwaltung hat diese Forderung gestellt im Interesse der Gerechtigkeit. Diese Offiziere, die dreizehnten Hauptleute sind vollständig an die Stelle der etatsmäßigen Staboffiziere getreten; sie thun fast ganz genau denselben Dienst, wie die Staboffiziere. Wenn bei der Schaffung der betreffenden Stellen die Regierung darauf verzichtet hat, das Gehalt für Staboffizier-Stellen zu fordern, im Interesse der Sparamkeit, so hält sie jetzt den Zeitpunkt für gekommen, die bestehende Ungleichheit zu beseitigen und den dreizehnten Hauptleuten das Gehalt zu gewähren, welches ihren Funktionen entspricht.

Abg. Gumbel (nkl.) wird für den Antrag der Regierung stimmen, obgleich derselbe wenig Aussicht auf Annahme hat. Die Bewilligung dieser Stellen als Hauptmannstellen sei lediglich damals aus finanziellen Gründen erfolgt, aber es lasse sich nicht rechtfertigen, durch die Einfügung dieser dreizehnten Hauptleute in den Organismus der Armee die Dauer der Dienstzeit als Hauptmann ungebührlich zu verlängern. Die Gehälter der Hauptleute sind überhaupt viel zu schlecht. Schon 1816 hielt man sie für zu niedrig. Ich würde mich freuen, wenn die Mehrheit des Hauses mit uns für die Bewilligung der Vorlage stimmt.

Abg. Hünne (nkl.): Ich glaube nicht, daß das Haus dem Vordränger die erwartete Freude bereiten wird. Ich kann nicht anerkennen, daß der dreizehnte Hauptmann die Funktionen eines Staboffiziers versieht. Staboffiziere sind neben dem Oberst und dem Oberlieutenant die drei Bataillonskommandeure. Die Stellung des dreizehnten Hauptmanns, der die Ausbildung der Ersatzreservisten leitet und beaufsichtigt, ist keineswegs eine solche, daß er Staboffiziersrang haben muß. Bei der Verwaltung der Defensivbestände des Regiments ist der dreizehnte Hauptmann nur der Gehilfe des Oberlieutenants. Die anderen Arbeiten, welche ihm obliegen, erfordern durchaus nicht die autoritative Stellung eines Bataillonskommandeures. Repräsentative Pflichten hat er überhaupt nicht; diese liegen allein dem Regimentskommandeur ob.

Die Mehrforderung der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Deutschkonserwativen und eines Theils der Freikonserwativen abgelehnt.

Für Dienstprämien für Unteroffiziere hat die Regierung ausgeschrieben 3 804 500 M. Die Dienstprämien sollen betragen nach einer Dienstzeit von 5 Jahren 50 M., von 6 Jahren 100 M., von 7 Jahren 200 M., von 8 Jahren 350 M., von 9 Jahren 550 M., von 10 Jahren 800 M., von 11 Jahren 1000 M., von 12 Jahren 1000 M. Bis her waren nur ausgeschrieben 300 000 M. zu Weibissen für Unteroffiziere, welche nach zwölfjähriger Dienstzeit auscheiden.

Die Kommission beantragt die Mehrforderung zu streichen und nur die bisher bewilligten Summen wieder in den Etat einzustellen.

Die Abgg. Gammacher und Graf Behr beantragen, die Dienstprämien zu gewähren in folgender Höhe: Nach neunjähriger Dienstzeit 50 M., nach zehnjähriger 800 M., nach elfjähriger 900 M. und nach zwölfjähriger 1000 M. Die Ausgabe würde sich auf 3 197 000 M. stellen.

Referent v. Kattenborn weist darauf hin, daß die Unteroffizierprämien in Frankreich beständen; sie betragen dort nach 15jähriger Dienstzeit 4000 Fr.; dafür sind mehr als 10 Millionen Fr. im Etat ausgeschrieben. Aus Sachsen und Württemberg haben früher solche Prämien gehabt.

Kriegsminister v. Kattenborn-Stachau: Ich muß dem Antrage der Kommission, nichts zu bewilligen, im Namen der Loyalität und der Verfassung des Heeres mit Entschiedenheit entgegenreten. Auf Grund amtlicher Zusammenstellungen kann ich feststellen, daß am 15. November 1890 den preussischen Truppenteilen 3945 Unteroffiziere fehlten. (Hört!) Unter den vorhandenen Unteroffizieren befanden sich 880, welche sich noch in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht befanden. Diese Fehlstellen kommen zum Ausdruck bei der Truppe. Wenn man die Ursachen ansieht, wie diese Manquements entstanden sind, so ist der erste Grund die Vermehrung der neuen Stellen am 1. Oktober 1890. Diese Vermehrung betrug 2270 neue Stellen. Als zweiter Grund ist anzusehen, daß die Rekrutierung der Unteroffizier-Laufbahn einschlugen, abgenommen hat, weil die gesteigerten Lohnverhältnisse den jungen Leuten viel bessere Chancen bieten als die militärische Laufbahn. Wenn man bedenkt, daß ein alterer Unteroffizier im Ganzen über einen Tagesverdienst von 2 M. verfügt, so wird man es begreiflich finden, daß die wichtigen Leute einen bürgerlichen Beruf vorziehen. Wenn man die wichtigen Leute einen bürgerlichen Beruf vorziehen, eine Schlage, so ergeben sich bei der Verfolgung ihres Ziels, eine Zivilversorgungsstelle zu erlangen, Schwierigkeiten und Annehmlichkeiten, welche sie nur zu gerne meiden, ihre Stellung wieder anzunehmen. Das liegt daran, daß die Anforderungen, welche an die Unteroffiziere gestellt werden müssen, infolge der neuen Bewaffnung, der neuen reglementarischen Ausbildung u. s. w. größer geworden sind. Diese Mehrausforderungen zeigen sich besonders stark, wenn die Kräfte nicht genügend vorhanden

sind, wenn die weniger zahlreichen Kräfte umsonst herangezogen werden müssen. Die Löhnung ist sehr knapp bemessen. Im Laufe der Karriere zeigt sich, daß die Hoffnung auf Erlangung des Zivil-Versorgungsscheins nicht immer realisiert wird, daß selbst mit der Erlangung des Zivil-Versorgungsscheins noch nicht feststeht, daß der Mann ein Unteroffizier im Zivildienst findet. Die Zahl der jährlich ertheilten Scheine beträgt 4917, die mit Militärämtern besetzten Stellen 1682, also zwei Drittel der Leute sind nicht angekommen. Die Nachteile des Unteroffizier-Mangels für die Armee sind folgende: Es fehlen die Unteroffiziere für die Ausbildung des einzelnen Mannes und damit fehlen dem Kompaniechef seine wichtigsten Gehilfen. Die Tüchtigkeit eines Kompaniechefs beurteilt man danach, ob es ihm gelingt, ein vollständiges Unteroffizier-Korps zu erziehen. Wenn dies dem Kompaniechef nicht gelingt, so kommt er in eine schiefe Lage; er muß mehr verlangen als die Unteroffiziere leisten können, daraus entsteht Mißmuth und Unzufriedenheit. Ein unzufriedenes Unteroffizier-Korps ist ein großer Mißstand. (Zustimmung rechts.) Deshalb muß Abhilfe geschaffen werden. Bei einer Mobilmachung müssen von den Kompanien Unteroffiziere abgehen; diese Leuteren kommen in wichtigeren Stellen, als Feldwebel u. s. w. Diese Unteroffiziere sind dazu berufen, bei eintretendem Mangel für die fehlenden Offiziere einzutreten und den Dienst der Subalternoffiziere zu leisten. Bei geringer Begabung und ungenügender Vorbildung ist das nicht möglich. Der Dienst wird dadurch mangelhafter. Die Festigkeit, der innere Zusammenhang der Truppe geht verloren und das macht sich in verhängnisvoller Weise auf dem Schlachtfelde bemerkbar. Bei diesen nicht wegzuleugnenden Nachtheilen und Uebelständen muß die Heeresverwaltung auf Abhilfe bedacht sein. Alle Wege, die gangbar sind, müssen eingeschlagen werden. Wir suchen die Quellen des Unteroffiziermangels zu vermehren und zu verbessern durch Neu-Errichtung von Unteroffizier-Vorschulen. Wir hoffen, den Unteroffizieren, welche Ausschichten haben, in Zivildienst einzurücken, durch eine Pensionsnovelle eine bessere Versorgung zu verschaffen. Durch die Prämien soll eine Anregung gegeben werden, längere Zeit im Dienste zu bleiben. Der Gedanke der Prämien ist nichts Neues; er besteht in sehr abgeschwächtem Maße seit 1878 in Gestalt einer einmaligen Zulage von 165 M. Das sieht fast wie ein Almosen aus. Das Bedürfnis ist nicht bloß in unserer Armee vorhanden, sondern in unseren Nachbarstaaten werden größere Mittel dafür aufgewendet. Unsere Forderung hält sich in den bescheidensten Grenzen. Im Augenblick nimmt die ganze Armee an den Verhandlungen dieses Hauses den größten Antheil. Wenn die geforderte Summe nicht bewilligt wird, dann werden viele der älteren Unteroffiziere, welche in Erwartung der anzunehmenden Dienstprämie noch geblieben sind, die Laufbahn aufgeben und die Reihen des Heeres verlassen. Das dadurch der Uebelstand sich mehrt, liegt auf der Hand. Die Tragweite des Schadens, welcher aus dem Mangel an Unteroffizieren entsteht, ist gar nicht zu überschätzen. (Sehr richtig! rechts.) Die Heeresverwaltung muß deshalb das hohe Haus bitten, die Mittel zur Befestigung des Uebelstandes zu gewähren. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hünne (nkl.): Der behauptete Mangel ist weder in der Quantität, noch in der Qualität vorhanden. Es stellt sich ein Fehlbetrag von 7/10 v. H. heraus; das ist noch kein Mangel, denn dieses Manquement ist zum größten Theil enthaltend aus der letzten, im vorigen Jahr bewilligten Heeresvermehrung. Nach Abzug der Vermehrung würde bestehen bleiben ein Fehlbetrag von 6/10 v. H. Das ist nicht erheblich, namentlich wenn wir mit den Heeresvermehrungen rechnen nicht bloß vom letzten Jahre, sondern auch mit denen früherer Jahre, welche jetzt noch nachwirken. Damit wird sich auch die Heeresverwaltung einfach abfinden müssen. Die 880 Unteroffiziere, welche sich noch in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht befinden, machen 1,8 v. H. aus, also sehr viel weniger, als an jungen Unteroffizieren sonst in anderen Armeen, namentlich in der französischen, zu finden sind. Allerdings erhalten die Unteroffiziere täglich nur 2 M., aber zugleich eine Sicherheit der Existenz, während beim Arbeiter die Lage der Arbeitslosigkeit in Betracht gezogen werden müssen. Für die Unteroffiziere ist ferner gesorgt in Krankheitsfällen, ohne daß sie etwas dafür zu leisten haben. Für die Zivilversorgung des Militärs ist hinreichend gesorgt; sie stehen jedenfalls viel besser da, als diejenigen, welche Jahre lang auf ihre eigenen Kosten leben und warten müssen auf eine Anstellung. Ein Vorwurf kann dem Kompaniechef nicht daraus gemacht werden, daß er sein Unteroffizierkorps nicht komplett erhält; das hängt manchmal von anderen Verhältnissen ab, z. B. von den Garnisonverhältnissen. Ich weiß nicht, ob es richtig war, unser Unteroffizierkorps als ein von unzufriedenen Elementen zusammengefügtes zu bezeichnen. Wir haben aus den Kommissionsverhandlungen nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß ein qualitativer Mangel vorhanden sei. Die Unteroffiziere müssen beim Mangel von Offizieren deren Dienst versehen; das ist selbstverständlich; dafür haben wir ja auch gesorgt dadurch, daß wir die Wetzelschüssel in ihrer Stellung verändert haben, so daß sie eine Vorschule für die Thätigkeit als Offiziere durchmachen müssen. Ich kann nicht anerkennen, daß die Hebung des Unteroffizierstandes nur vom finanziellen Standpunkte aus geschaffen werden kann. Dazu gehört ein Gesamtplan, der auch insgesamt und vorgelegt werden muß. Die französischen Verhältnisse sollten wir uns nicht als Muster nehmen. Die Reglemente, welche jetzt seit 20 Jahren in Wirksamkeit sind, haben nicht günstig gewirkt. In der französischen Armee sind Unteroffiziere von 5-10 Dienstjahren 19,5 v. H., von 10-15 Dienstjahren 6,7 v. H. und über 15 Jahre 1,8 v. H. Es sind also 72,5 v. H. Unteroffiziere unter 5 Dienstjahren. Bei uns haben wir an Unteroffizieren mit zwölf Jahren Dienstzeit in den letzten Jahren gehabt 6,91 bis 6,24 v. H.; wir haben Unteroffiziere der Dienstzeit von 7-9 Jahren 3,2 v. H. und von 10 bis 12 Jahren 20 v. H., also mehr als die französische Armee durch ihre gelobten Maßregeln erreicht hat. Die Unteroffiziere im Dienstalter noch höher hinaufzuschrauben, würde wohl nicht einmal im Interesse der Armee liegen. Dabei ist noch zu erwägen, daß von den Gehaltsaufbesserungen ein größerer Theil auf diejenigen Stellen entfallen ist, welche durch Unteroffiziere besetzt werden. Ich rechne die Summe auf 5 1/2 Millionen Mark. Müssen wir nicht erst die Wirkung dieser Gehaltsaufbesserung zu warten? Daß die Unteroffiziere vor dem zwölften Dienstjahre abgehen würden, wenn die Forderung der Regierung nicht bewilligt würde, glaube ich nicht; sie werden den Zivilversorgungsschein nicht so leichtig mit Caprivi geben.

Reichskanzler von Caprivi: Wenn wir darauf verzichten, das Sozialistengesetz wieder einzubringen, so müßten wir uns klar darüber sein, daß wir alle diejenigen Maßregeln ergreifen müßten, welche notwendig sind, um der Sozialdemokratie den Boden unter den Füßen wegzuziehen oder den Kampf mit ihr auszunehmen. Ich spreche hier nicht als alter Soldat, sondern als Reichskanzler, und meine, daß die wichtigste Frage unserer Zeit die Unteroffizierfrage ist. Sowohl was den Unteroffizier der aktiven Armee angeht, als auch den in der Zivil-Versorgung. Ich weiß sehr wohl, daß Niemand in der Lage ist, die Ansprüche der Herren von der Sozialdemokratie völlig zu befriedigen. Es muß versucht werden, was versucht werden kann, um aus dem Unteroffizierstande die Mißvergnügten zu entfernen. Wer bietet einem Unteroffizier die Zivilversorgung? Es

ist schon sehr verschieden, in welcher Garnison ein Unteroffizier sich befindet, ob er Gelegenheit hat, sich den Vorgesetzten der Zivilbehörden persönlich vorzustellen und seine Anstellung selbst zu betreiben. Der Unteroffizier meldet sich hier und dort, probirt diesen und jenen Dienst; schon diese Uebergangszeit ist eine Quelle der Unzufriedenheit. Dann werden die Herren, die bei Behörden angestellt sind, auch wissen, daß von allen Unteroffizieren immer die Schreiber am besten wegkommen. Sie können ihre Vorbildung verwenden. Der Unteroffizier, der in der Front gedient hat, der 10-12 Jahre Rekruten gedient hat, wird von jeder Behörde nur ungern genommen. Ich bin nicht ohne Erfahrung darin, weil ich als Chef der Admiralität eine Truppe unter mir hatte, deren Unteroffiziere ich versorgen mußte, während ich als Chef der Verwaltung die Militärämter anzustellen hatte, und natürlich nicht durch mangelhafte Leistungen dieser Unteroffiziere die Leistungen der Verwaltung herunterdrücken mochte. Wenn dann ein Mann im Rang eines ehemaligen Feldwebels der Armee eine Stellung erhält, in welcher er täglich 25 Loth zu heizen und 25 Zimmer zu reinigen hat, so erkennt er doch vielleicht, daß das keine Belohnung ist für eine Dienstzeit als Unteroffizier. Die Ansprüche an die Unteroffiziere steigen sich, das liegt in der zunehmenden Bildung der Nation. Der Vorgesetzte kann seine Stellung nur dann ausfüllen, wenn er sich seinen Untergebenen gegenüber überlegen fühlt. Als ich in die Armee eintrat, hatte der Unteroffizier seine Ueberlegenheit in der Technik. Wenn er eine Wachtparade richtig durchführen konnte, so war das schon etwas Bedeutendes. Heute liegt die Sache anders. Durch die Technik kann der Unteroffizier seine Ueberlegenheit nicht mehr allein erweisen; er muß sie in anderen Dingen suchen, wenn nicht die Disziplin darunter leiden soll. Die Disziplin wird aber erschwert dadurch, daß in die Armee Leute kommen, die ungleich schlechter vorgebildet sind als früher; es ist eine Zuchtlosigkeit eingedrungen, und diesen Elementen gegenüber die Autorität aufrecht zu erhalten, ist keine leichte Aufgabe. (Sehr richtig! rechts.) In der deutschen Armee hat man von jeher mehr darauf gesehen, daß nicht überall mit Strafen eingeschritten wird, sondern daß die Mannschaften von Vergehungen zurückgehalten werden. Darin liegt auch ein Theil unserer kriegerischen Erfolge. Es wird so viel von Mißhandlungen in der Armee gesprochen. Während ich die Ueberzeugung habe, daß es immer besser wird, wird mehr und mehr darüber geklagt. Auch nach dieser Richtung hin ist uns der gebildete Unteroffizier mehr werth, als der rohere, weil er seltener von seinem Temperament sich wird fortziehen lassen, selbst wenn er gereizt wird. Wenn die Disziplin schon an sich erschwert ist, so wird sie noch schwerer, wenn wir den Kampf mit der Sozialdemokratie aufnehmen müssen; ich meine hier mit dem Kampf nicht das Schießen und Stechen. Meine Erinnerungen reichen bis in das Jahr 1848 zurück. Die Verhältnisse waren damals sehr viel besser, denn die Ideen waren nicht durch langjährige Schulung entstanden, sie traten plötzlich hervor, und die alten Unteroffiziere hatten den Mannschaften gegenüber deshalb eine sehr viel leichtere Stellung, als jetzt der Sozialdemokratie gegenüber. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn ich den äußersten Fall berühre, für den Straßenkampf mit der Sozialdemokratie, brauchen wir viel bessere Unteroffiziere als vor dem Feinde. Vor dem Feinde lassen sich die Truppen durch Patriotismus und durch andere erhebende Gefühle begeistern und zur Opfersähigkeit bringen. Der Straßenkampf und was damit zusammenhängt, ist kein Faktor, der geeignet wäre, das Selbstgefühl der Truppen zu erhöhen; sie fühlen immer, daß sie Landaleuten gegenüberstehen. Ich habe früher einmal gesagt: Wir werden das Gute nehmen, wo wir es finden. Aber ich möchte mir den Vorschlag erlauben: Lassen Sie es nicht bloß bei guten Worten bewenden, sondern gehen Sie zu guten Werken über; stimmen Sie mit der Regierung, daß Sie zu den staatsbehaltenden Elementen gehören. (Sehr gut! rechts.) Herr Hünne hat nicht, wie sonst davon gesprochen, daß man die Unteroffiziere zu Offizieren avanciren lassen soll. Ich habe einem Truppentheile angehört, wo Unteroffiziere wegen Tapferkeit vor dem Feinde zu Offizieren avancirt waren. Aber trotz der höchsten Achtung, der sie sich in dem Kreise der Offiziere erwarren, führten Sie doch ein peinliches Dasein; sie waren in Verhältnissen gekommen, welche mit ihrer Vergangenheit nicht übereinstimmten. Die Unteroffiziere können ihre Ueberlegenheit nur dann bewahren, wenn wir sie höher zu stellen suchen. Die verbündeten Regierungen wollen das Niveau des Unteroffizierstandes erhöhen. Ich habe die Beförderung, daß auf der anderen Seite Ideen eingewurzelt sind, die, wenn sie zur That werden sollten, das Niveau unseres Offizierkorps herunterdrücken würden. Wir haben das erste Offizierkorps der Welt und ich als preussischer Offizier bin stolz darauf. (Beifall.) Aber wir können auch das beste Unteroffizierkorps haben, wir haben die Mittel dazu und brauchen den Vergleich mit Frankreich nicht zu scheuen. Wenn eine Armee nicht mehr das leistet, wozu sie gehalten wird, wenn sie im Kampfe versagt, so ist das unter allen Umständen die theuerste Armee von allen gewesen. (Beifall rechts.)

Abg. Gammacher (nkl.): Es handelt sich hier um eine so wesentliche Verbesserung eines der wichtigsten Theile der Armee, daß wir gegen die Prämien nicht geltend machen können, daß auf diesem Wege allein dem Uebelstande nicht abgeholfen wird. Auch ein Manquement von fast 4 v. H. ist doch kein Zustand, dem man gleichgültig gegenüberstehen darf. Der von Herrn Hünne zwischen dem Arbeiter und dem Sergeanten gezogene Vergleich ist durchaus unzutreffend und unzulässig. Allerdings ist für die Zivilversorgung die im vorigen Jahre beschlossene Erhöhung der Beamtengehälter von sehr maßgebendem, günstigem Einfluß; aber bei der gesteigerten Lebenshaltung bedeutet heute das höhere Gehalt mehr, als vor wenigen Jahren das niedrigere. Andererseits hat der Reichskanzler ganz recht, wenn er davon spricht, daß die Unteroffiziere nicht überall bei den Zivilverwaltungen das von ihnen erwartete Entgegenkommen finden. Es ist ein dringendes Interesse unserer Armee, tüchtigere, solidere, posendere Elemente in das Unteroffizierkorps hineinzubekommen, als es in den letzten Jahren leider der Fall war. Wie will man denn verantworten, die Mittel zu verweigern, wenn sich ein Weg bietet, dieser Schwierigkeit zu entgehen? Die Aussicht auf wirkliche Sicherstellung nach der Dienstzeit wird so anziehend wirken, daß die Betroffenen sich gern entschließen, die Unteroffizierkarriere zu ergreifen. Die Regierungsvorlage leidet an dem Fehler, daß sie die Prämien nach einer zu kurzen Zeit des Dienstes schon gewähren will, dazu scheint mir ein Bedürfnis nicht vorzuliegen. Bei dem zehnten Jahre aber liegt schon der kritische Zeitpunkt für Unteroffiziere vor, wo sie sich entschließen sollen, zur Gendarmerie überzugehen; gerade hier muß eine Prämie in Aussicht stehen, um der Armee die Leute zu erhalten, die sonst zur Gendarmerie übergehen würden. Der Gewährung einer Prämie nur nach vollendetem zwölften Dienstjahre widersprechen deutsche Interessen, indem der entscheidende Offizier dann viele bis zum zwölften Jahre durchschleppen wird, die er sonst schon nach acht Jahren entlassen hätte. Die Nationalliberalen werden aus allen diesen Gründen im Sinne meines Antrags ihr Votum abgeben.

Abg. Gammacher (nkl.): Zu den bisherigen Gründen ist heute von dem Herrn Reichskanzler für die Prämien ein ganz neuer hinzugefügt worden, nämlich die Absicht, die Unteroffiziere und Mannschaften der Armee vor den Sozialdemokraten zu bewahren. Es ist das um so bedenklicher, als der Herr Reich-

langler weiter ging und behauptete, wer nicht für diese Forderung stimme, könne nicht zu den staatsverhaltenden Parteien gerechnet werden. In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie wechselnd der Begriff des Staatsverhaltenden ausgelegt wird. Staatsverhaltend war das Festhalten an dem Sozialistengesetz bis vor kurzem, dann stellte sich der Reichslangler und die Regierung auf den entgegengesetzten Standpunkt, daß es staatsverhaltend sei, alle Bürger mit gleichem Maße zu messen. Staatsverhaltend wäre doch vielmehr die Herstellung der Zufriedenheit der Bevölkerung. Mit der dauernden Mehrbelastung um 4/5 Millionen wird die Zufriedenheit der Bevölkerung im Verhältnis mehr abnehmen, als die Zufriedenheit der Unteroffiziere zunehmen. Uebriens gehören auch die National-liberalen zu den nichtstaatsverhaltenden Parteien, denn sie lehnen einen Teil ab, während doch die Regierung den Standpunkt festhalten muß, sie habe nur das absolute Notwendige gefordert. (Heiterkeit.) Sehr wenig erfreulich ist es, daß der Reichslangler sich heute veranlaßt sah, zur Unterstützung der Forderungen und die Evidenz von Strafenkämpfen vorzumalen; bisher glaubten wir, unsere Feinde seien die Russen und Franzosen. (Sehr gut! links.) Man lehnt also wieder zu dem Standpunkt zurück: Gegen Sozialdemokraten helfen nur Soldaten! Man hat aber zur Zeit der Erfindung dieses Wortes schon hinzugefügt: Aber keine Unteroffiziere. Es ist bedenklich, für die Sozialdemokraten auf diese Weise Reflektoren zu machen und dieses Motto hineinzubringen in Dinge, die gar nichts damit zu thun haben. Die lebenslängliche Anstellung der Bürgermeister in Württemberg hat man auch mit dem Hinweis auf die subversiven Tendenzen zu verteidigen gesucht. (Heiterkeit. Zustimmung links.) Mit solchen Geldgeschenken an die Unteroffiziere kann man eine solche Bewegung, wie die sozialdemokratische, nicht zurückhalten. Das Fehlen der Unteroffiziere ist hauptsächlich verursacht durch die Vermehrung der Stellen infolge der Verstärkung der Armee. Deshalb können wir ruhig prüfen, ob es mit dem Interesse der Sparsamkeit vereinbar ist, solche Prämien zu gewähren. Denn angesichts der Finanzlage müssen wir auch den Militäretat sehr genau prüfen. Wenn nicht bloß die Mißhandlungen beseitigt werden, sondern auch der Ton gehoben wird, in welchem die Unteroffiziere mit den Mannschaften verkehren, wenn das Verhältnis ein kameradschaftlicheres wird, dann wird das ein viel besseres Gegenstück gegen die Sozialdemokratie werden, als ein solches Geldgeschenk an die Unteroffiziere. Wenn durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, durch die Reform des Einjährig-Freiwilligen-Instituts auch die Stellung der Unteroffiziere reformiert werden muß, dann wird man auch die Gehaltsverhältnisse der Unteroffiziere besser regulieren können. Wenn die Unteroffiziere allgemein zu Offizieren befördert werden können, dann wird sich der Einzelne nicht mehr so isoliert fühlen. Redner empfiehlt die Annahme des Kommissionsentwurfes.

Inzwischen ist ein Antrag Bindhorst-Orterer eingegangen, 2400000 M. zu Dienstprämien für Unteroffiziere zu bewilligen und zwar sollen je 1000 M. nach 12-jähriger Dienstzeit gewährt werden.

Abg. v. Vanda (natl.) erklärt sich für die Bewilligung der Regierungsvorlage oder wenigstens für die Annahme eines der beiden vorliegenden Anträge. Die Regierung habe früher ihre Forderung schon vorgebracht; der Reichstag habe nur die Erhöhung der Gehälter der Zivilbeamten bewilligt, weil man nicht wissen konnte, daß die Finanzlage sich so gut erhalten würde. Die Finanzlage gestattet die Aufbesserung der Lage der Unteroffiziere.

Abg. Grisenberger (Soz.): Wir lehnen diese Forderung selbstverständlich ab, weil wir zur Erweiterung und Verheuerung des Militärwesens überhaupt keinen Groschen bewilligen. Man kann von einem Kriegsminister nicht verlangen, daß er sich mit Volkswirtschaft befaßt, aber das könnte auch ein königlich preussischer Kriegsminister wissen, daß die Lebenshaltung der bürgerlichen Kreise nicht in steigender Tendenz sich bewegt und dies kein Anreiz für die Unteroffiziere sein kann. Thatsächlich sind die Löhne allerhand im Sinken begriffen. (Widerspruch rechts.) Wenn die Einkommen bei den Agrariern infolge der Schnaps-Steuer und des Einfuhrverbotes von Fleisch und Vieh, infolge der Getreidepreise sich gesteigert haben, so beweist das nicht, daß die Lebenshaltung im allgemeinen besser geworden ist. Gerade die Umstände, die Ihnen dort drüben (rechts) zur Beförderung verholfen haben, haben notwendig dazu beigetragen, die Lebenshaltung der übrigen Bevölkerungsklassen zu verschlechtern. Wenn trotz alledem die Unteroffiziere in den Kasernen nicht zu halten sind, so dürfte das wohl mit den Verhältnissen wesentlich zusammenhängen, die innerhalb der sogenannten Ferienkolonien (Heiterkeit) vorhanden sind. Der Kriegsminister hat davon gesprochen, daß die Kompagniechefs in den Unteroffizieren tüchtige, brauchbare, zuverlässige Gehilfen haben müßten. Eine sehr große Anzahl von Unteroffizieren wird sich sehr wundern, hier als Gehilfen bezeichnet zu werden. In dem Verkehr mit den Offizieren kann man von diesem Gegenseitigkeitsverhältnis nur wenig bemerken. Gerade der Umstand dürfte wesentlich dazu beitragen, daß die Leute sich wieder herausheulen nach den Fleischböden des bürgerlichen Lebens, die nach den Ansichten des Ministers in so gutem Maße vorhanden sind. Wir sind überhaupt keine Freunde des Prämienwesens, sondern würden wünschen, daß die Unteroffiziere besser bezahlt werden, aber bewilligen werden wir dazu nichts. (Heiterkeit.) Wir verlangen von Ihnen, daß bessere Bezahlung ermöglicht wird im Rahmen dessen, was schon bewilligt ist. Wenn die Unteroffiziere im Kriegsfalle in die Reihen der Offiziere eintreten und die Führung zu übernehmen fähig sind, so müßten sie in der Friedenszeit erst recht in die Offiziersstellen aufrücken können. Viele Unteroffiziere haben einen höheren Bildungsstand als mancher Offizier. Ließe man diese aufrücken, so hätte man nicht nötig, zum Prämienwesen zu greifen. Daß das nicht der Fall ist, liegt in dem ganzen Staats- und Gesellschaftssystem. Die Herren auf der rechten Seite haben durch ihren Beifall bei den Ausführungen des Reichslanglers zu erkennen gegeben, daß sie allein prädestiniert seien, die Offiziersstellen im deutschen Heere zu besetzen, alle anderen, mögen sie noch so gebildet und patriotisch sein, könnten höchstens als Unteroffiziere verwendet werden. Der Reichslangler hat auf die soziale Gefahr hingewiesen, allerdings in etwas kraffer Weise. Er hat geglaubt, daß das Anhalten des roten Gepensses so auf die bürgerlichen Parteien hier werde einwirken können, daß sie sich am Ende doch entschließen, diese Position zu bewilligen. Dabei war auch die Rede davon, daß heutzutage Elemente in die Armee eintreten, die bereits mit unfruchtlichen Ansichten infiziert, und daß demgegenüber recht kräftige Vorkehrungsmaßnahmen notwendig sind. Der Umstand, daß die jungen Leute schon oft mit fertiger politischer Meinung eintreten, ist nicht daran Schuld, daß der Unteroffizier-Stamm nicht mehr so zusammenzuhalten ist wie früher. Die Leute sehen vielmehr den Dienst als eine Verpflichtung an, zu der sie herangezogen werden, der sie sich aber so bald als möglich entziehen, weil sie der Ansicht sind, daß dieses System dem Volke auf die Dauer nicht zu traglich ist und sie auch nicht geneigt sind, sich länger so behandelnd zu lassen. Bei Gelegenheit eines Prozesses in München sagte ein Unteroffizier, der vor seiner Einreihung in das Militär Mitglied eines sozialdemokratischen Fachvereins gewesen, aus, daß sich die Mitglieder gegenseitig zu guter Führung ermunterten, um in die Stelle eines Unteroffiziers einzurücken. Solche Leute werden doch auch durch eine Geldprämie künftig nicht erlauft werden, um beim Militär weiter zu dienen. Nach der Darstellung des Reichslanglers handelt es sich nicht bloß um eine Dienst-, sondern um eine Gesundheitsprämie. Wir werden uns das merken. Wir sind sehr erfreut über die Anerkennung unserer Machtstellung seitens des Reichslanglers, welcher meinte, daß wir eine Macht seien, der man nicht bloß auf sozialpolitischen Gebieten, sondern auch vom militärisch-patriotischen Standpunkt aus Rechnung tragen müsse. Der

Reichslangler hat dann offen gesagt, daß er „zunächst“ unter dem Kämpfen gegen die Sozialdemokratie nicht Schießen und Stechen meinte, er gab aber deutlich zu verstehen, daß es dazu kommen könne. Wir haben ihm zu derartigen Anschauungen keinen Anlaß gegeben. (Oh! rechts.) Wir haben Sie vielmehr stets darauf verwiesen, daß die ganze technische und soziale Entwicklung eine derartige sei, daß es Thorheit und Wahnsinn wäre, an einen Barrikadenkampf zu denken. Solche Äußerungen des Reichslanglers tragen zur Verführung ganz und gar nicht bei. Durch die Zeitungen ist vor einigen Tagen die Nachricht gegangen, es sei von höchster Stelle die Neuherung gefallen, die Sozialdemokratie habe ihren Höhepunkt in Deutschland überschritten. Wenn es wirklich der Fall ist, daß die Sozialdemokratie durch die sozialpolitische Gesetzgebung so in die Enge getrieben ist, daß sie nicht mehr zu fürchten ist, so ist es um so unverständlicher, daß der Reichslangler heute mit solchen Argumenten gegen dieselbe zu Felde ziehen konnte. Die Anträge aus dem Hause wollen die Prämien wenigstens für die älteren Unteroffiziersklassen retten, wir sind aber überhaupt gegen das Prämienwesen und lehnen es für alle Klassen ab. Die Unteroffiziere halten deswegen nicht bis zur Empfangnahme des Versorgungsgeldes aus, weil die für Militäranwärter offenen Stellen so unglaublich niedrig dotiert sind, daß es ein Hohn ist für einen zwölf Jahre gedienten Unteroffizier. Dieser Vorwurfsrichtete sich gegen die Landesgesetzgebung und Volkserziehung. Den höheren Beamtenstellen wird Alles in den Rücken geworfen, die niedrigen sind trotz ihrer längsten Dienst- und Arbeitszeit unglücklich niedrig besoldet. Ueßt man hier ausgleichende Gerechtigkeit, so werden sich die Militäranwärter lieber zu solchen Stellen melden. Der Reichslangler sagt, die Menschen seien ungemein schwer zu befriedigen, die Sozialdemokraten überhaupt nicht. Wenn Sie den Arbeiter-schick richtig durchführe, die Hölle und die Verfeuerung aller Lebensmittel beseitigen, einen acht- oder neunstündigen Normal-Arbeitstag einführen und ferner dafür sorgen, daß jeder deutsche Staatsbürger das Gehalt eines Stabsoffiziers hat, so wären die Leute zufrieden. (Heiterkeit.) Wir sind gegen das Prämienwesen an sich, aber nicht gegen eine bessere Besoldung der Unteroffiziere im Rahmen des heutigen Etats. Für Kulturzwecke sind wir jederzeit zu haben, für eine Ausdehnung militärischer Verhältnisse bewilligen wir keinen Pfennig. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hahn (D.): Die Redner haben meist ihr Wohlwollen für die Unteroffiziere bekundet, aber ich kann doch nicht absehen, woher eine Wehrheit kommen soll, wenn die verbündeten Regierungen etwa die Besoldung der Unteroffiziere erhöhen wollten, statt diese Dienstprämien zu gewähren. Diese Dienstprämien sind von der Regierung ausreichend begründet worden; jede Ausgabe, welche der Schlagfertigkeit des Heeres dienlich ist, hat noch immer die Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes gefunden, und ich glaube, das wird auch bei dieser Ausgabe schließlich der Fall sein. Die Stellen, welche den Militäranwärtern offen gehalten sind, sind wirklich nicht verlockend genug, um die Unteroffiziere 12 Jahre im Dienst zu halten. Redner verliest einige der Anzeigen über freie Militäranwärter-Stellen und schließt mit dem Wunsch, daß die Mehrheit des Reichstages die verbündeten Regierungen unterstützen möchte bei den Bestrebungen nach Stärkung der Wehrhaftigkeit des Reiches.

Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Verathung bis Sonnabend 12 Uhr vertagt.

Lokales.

Einem verständigen Leitartikel über die Sonntagruhe bringt ein hiesiges bürgerliches Blatt in seiner letzten Nummer. Der, übrigens weibliche, Autor erinnert daran, daß keine Maschine immerwährend funktionieren kann, also auch wohl diejenige nicht, die man menschliche Arbeitskraft nennt. Der Vergleich zwischen der Maschine und dem Arbeiter dränge allerdings erste Gedanken auf. Denn die Maschine koste theures Geld und es bedeute großen Verlust, wenn sie durch eine ununterbrochene Benutzung ruiniert werde; dagegen gebe es der Arbeiter mehr als genug, oder wenigstens mehr, als heute Beschäftigung finden können, und man bekomme sie fast umsonst. Die Schließung der Geschäfte an den Sonntagen sei eine Wohlthat für die Angehaltenen der Geschäfte. Dagegen könne sie für den kleinen selbständigen Geschäftsmann unter Umständen hart sein. Die reichen Inhaber der großen Geschäfte könnten es wohl aushalten. Der kleine Ladenbesitzer sei aber versucht, gerade dann sein Geschäft offen zu halten, wenn die großen Geschäfte geschlossen seien; denn eben hier hätte er eine Gelegenheit, Kundchaft zu erwerben. Im Grunde genommen sei auch die Ruhe am Sonntag erst ein Vortheil, wenn an den übrigen Tagen lohnende Beschäftigung vorhanden sei. Staat und Gesellschaft müßten deshalb dafür sorgen, daß Kaufleute wie Arbeiter Wochentags hinreichend verdienten, um Sonntags gern anzurufen. Denn was nützt mir die Ruhe, wenn ich nicht müde bin? Ferner, welcher Kaufmann werde gern hohe Wadennetze zahlen, wenn er kein Geschäft mache? Es bleibe also dem Staat und der Gesellschaft noch viel zu thun übrig, um Erzeugung und Vertrieb der Güter planmäßig zum Wohle Aller zu organisieren.

Die Verfasserin des Leitartikels, dessen Hauptgedanken wir vorstehend treu wiedergegeben haben, ist — Paula Erdswurk, Hausvogteiplatz links. Das bürgerliche Blatt, welches den Artikel enthält, ist der „All“. Diese Zeitung ist keineswegs so schlecht und Paula Erdswurk ist die verständigste Kraft, aber welche „All“ und „Berliner Tageblatt“ zusammen verüben. Es mag allerdings ein leiser Zweifel gestattet sein, ob sie auch selbst weiß, wie vernünftig das Meiste von dem ist, was sie sagt. Es kommt ja auch vor, daß eine blinde Henne einmal ein Körnchen findet. Aber gleichwohl — durchweg schlecht ist die bürgerliche Presse doch immer noch nicht. Man thäte ihr Unrecht, wenn man sie allein z. B. nach einem Augen Richter beurtheilt und also das Kind mit dem Bade ausschüttete. Einen Freund des „Berl. Tagebl.“ hörten wir neulich sagen: Dieses Blatt sei gut, aber seine Wirthschaft, der „All“ sei ungenießbar. Es muß offenbar umgekehrt heißen: Die Wirthschaft des „Tagebl.“, der humoristischen Beilage zum „All“, sind ohne Salz; aber der „All“ ist mannaartig.

In Bezug auf die Anfrage eines Lesers: ob die städtischen Straßenreinigung jetzt auch mit dem Reinigen der Pferdebahnschienen beauftragt werden, theilt uns jemand, der über diese Angelegenheit unterrichtet ist, folgendes mit: Es ergibt in der That ein Abkommen zwischen der Stadtverwaltung und der Pferdebahn-Direktion, welches jedenfalls eine billigere Herstellung dieser Arbeit ermöglicht. Die Pferdebahn-Verwaltung hat für die Reinhaltung der Straßenfläche innerhalb ihrer Geleise selbst zu sorgen. Diese Arbeit wird jedoch gegen Zahlung einer bestimmten Summe an die Stadtverwaltung von den Arbeitern der Straßenreinigung mit ausgeführt, und da sich beim Fegen der Geleise die Schienen mit Schmutz füllen, so müssen dieselben nach dem jedesmaligen Fegen von städtischen Arbeitern gereinigt werden; denn die Arbeiter der Pferdebahn-Verwaltung treten erst von 6 Uhr ab in Aktion und könnten unmöglich bis zum Beginn des Betriebes ihre ganze Strecke gereinigt haben, da dieselbe aus leicht erklärlichen Gründen nicht zu klein für jeden Arbeiter bemessen ist.

Ueber die Konkurrenz, welche die Gefangenearbeit den freien Arbeitern bereitet, wird namentlich in dem Nachbarort Rummelsburg von dortigen Arbeitern lebhaft Klage geführt. Dort befinden sich im Ort das Zillialgefängnis von Blönssee und das Arbeitshaus der Stadtgemeinde Berlin. Beide Anstalten schicken ihre Mannschaften, kolonnenweise angeführt von einem Aufseher, nach denjenigen Stellen hin, wo billige Arbeitskräfte

verlangt werden, doch müssen die Mannschaften einen Tag zuvor in der betreffenden Anstalt bestellt werden. Unter denen, die hervorragend Gefangene beschäftigen, nehmen die Norddeutschen Eiswerke, Aktiengesellschaft, Komtoir Seydelstr. 32, den ersten Rang ein. Aufseher und Arbeiter, die schon 8—10 Jahre dabeist in Stellung waren, sind entlassen; dieselben können ja, wenn der Winter vorbei ist, wieder kommen, in ihrer Stelle werden im Winter Gefangene beschäftigt die billiger arbeiten. Die Herren Aktionäre kommen dabei nicht zu kurz und die Eiswerke werden von Jahr zu Jahr vergrößert. Die Kalbfremerei von Bedde in Rummelsburg, die Zuteilnehmer in Stralau, die Gärtner der ganzen Umgebung, selbst Bauunternehmer verwenden Gefangene zu ihren Arbeiten. Dabei laufen Hunderte von arbeitslosen Leuten umher, welche meistens schon 2—3 Monate Niemand rufständig sind und deren Frauen und Kinder zu Hause kaum zu leben haben, hungern und frieren; man kann es begreifen, wenn alleinstehende Menschen, die diese Verhältnisse kennen gelernt haben, etwas Strafbares begehen, dann ist für sie wenigstens gesorgt. Mancher Familienvater wird von solcher That vielleicht nur durch die Rücksicht auf seine Familie abgehalten.

Nach Kamerun! Nach Afrika! lautet der Refrain eines schönen Liedes, welches f. J. von den Drehorgelspielern mit großem Erfolge den Berliner „Hinterhäusern“ vorgetragen wurde. In diesen Refrain wird man unwillkürlich erinnert, wenn man zwei Notizen des „Ev. kirchl. Anz.“ in vergleichenden Zusammenhang bringt. So heißt es z. B. in der einen derselben: „Berlin ist keine protestantische Stadt“, sagt die „Königliche Volks-Zeitung“ vom 15. Februar. Der Protestantismus bildet nur eine Ländle. Der Name „evangelisch“ ist für die Volksmassen nur noch ein leerer Schall. Neun Zehntel des Volkes kümmern sich durch-aus nicht um die Kirche. Berlin ist freidenkerisch.“ — Der „Ev. kirchl. Anz.“ findet es nebenbei sehr geschmacklos, wenn die größte der katholischen Zeitungen Deutschlands mit dem Hymnismus eines Sozialdemokraten den evangelischen Kirchen zuzurufen: „Lange dauert's nicht mehr, bis diese Wunden geschlossen werden.“ — Wir erfahren weiter, daß es mit dem Katholizismus in Berlin nicht besser bestellt ist, denn der „Ev. kirchl. Anz.“ sagt im Anschlusse an die vorigen Zitate: „Interessant ist es zu vernehmen (aus der „Kön. Volks-Zeitung“), daß die traurige Lage des Katholizismus in Berlin sich zum großen Theile aus dem Umstände ergebe, daß Berlin so freidenkerisch ist; daß der größte Feind der Entwicklung der katholischen Gemeinde die Sozialdemokratie ist; daß in keiner zweiten Stadt der Welt es für die Katholiken so traurig aussteht, als in Berlin!“ — Bergleitet man hiermit die folgende Notiz des „Ev. kirchl. Anz.“:

Missions-Superintendent Merensky berechnet die Zahlen, welche bei der evangelischen Mission in Afrika in Betracht kommen, folgendermaßen: Es gibt auf dem Missionsfelde in Ostafrika 103 Missionare, 146 eingeborene Geistliche, 100 000 Getaufte und 15 000 Schüler, in Südafrika 456 Missionare, 91 eingeborene Geistliche, 345 000 Getaufte und 78 000 Schüler, in Ostafrika 100 Missionare, 6500 Getaufte und 2000 Schüler, in Madagaskar 68 Missionare, 859 eingeborene Geistliche, 827 460 Getaufte und 185 000 Schüler, in ganz Afrika 727 Missionare, 1066 eingeborene Geistliche, 777 980 Getaufte und 225 000 Schüler. Eine reiche Ernte! An den Afrikanern will sich das Wort erfüllen, die letzten werden die ersten sein.“ — So ist man thatsächlich versucht, mit einzustimmen in den Refrain: „Nach Kamerun! Nach Afrika!“

Kellnerinnen-Geld. In einem Lokale in der Kommandantenstraße, nahe der Lindenstraße, das sich durch seine auf-fälligen Anklagungen und durch seinen Namen für Fremde mehr als für Berliner bemerkbar macht, werden, wie uns mitgetheilt wird, von dem Wirthe etwa 20 bis 25 Kellnerinnen beschäftigt. Daß im wohlverstandenen Geschäftsinteresse darauf gesehen wird, nur hübsche und ansehnliche Mädchenereinnungen für diese Kellnerinnen-Stellungen zu nehmen, liegt in der Natur der Sache. Gehalt bekommen diese Mädchen nicht; dagegen haben sie täglich an den Wirth 1 Mark pro Person zu bezahlen, und zwar als Entgelt für die Gewährung der sogenannten „halben Garderobe“, d. h. eines Kostüms, das die Kellnerinnen in der Ausübung ihres Berufes tragen und das allerdings die Bezeichnung „halbe“ Garderobe mit Recht verdient, denn es hängt oben spät an und hört unten früh auf! wie eine alte Berliner Redensart sagt. Aus dieser Garderobe zieht der Wirth also eine monatliche Einnahme von 750 M. Das Kostüm besteht aus kurzem, wenig über die Knie reichendem Rock, schwarzem Sammetkleider, Haube, Schuhen und Strümpfen. Rechnet man den täglichen Bedarf einer Kellnerin für Ernährung, Wohnung und Privatgarderobe nur auf 1 M. 50 Pf., so ergibt sich die niedliche Summe von 25 000 M., die ein solches Lokal in einem Jahre an Trinkgeldern aufbringen soll. Der Wirth stellt natürlich nicht zu wenig Kellnerinnen ein; lieber mehr, denn jede Kellnerin hat ja täglich eine Mark zu zahlen. Die Einnahmen und Trinkgelder in solchem Lokale erzielt werden, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. So lange das Mädchen jung und hübsch ist, geht das Geschäft, so lange bis sie alt oder, was noch öfter der Fall ist, magentranf wird, infolge des übermäßigen Biergenusses. Dann bleibt selbst das Pflegepersonal der Krankenanstalt mit Geringschätzung auf die „Kellnerin“. Daß das arme Geschöpf ebenso wie Tausende andere weibliche und männliche Arbeitskräfte ihren Körper ruiniert hat im Dienste eines spekulativen Unternehmers, daran denkt Niemand; am allerwenigsten aber unsere jungen Leute aus der sogenannten besseren Gesellschaft, die solche Vergnügungslöcher mit schneidiger weiblicher Bedienung besonders zu frequentieren pflegen.

Mit Unrecht verdächtigt und in Untersuchungshaft gebracht wurde ein Hausdiener, gegen den man den Argwohn hegt, daß er der Thäter mehrerer in einem Hause der Kommandantenstraße bezogener Diebstähle sei. In dem Hause befindet sich ein Restaurant und zu diesem gehört die im Keller gelegene Kegelbahn. In einem Nebenraume der Kegelbahn waren zweimal Kleidungsstücke, einmal ein neuer Anzug, das andere Mal ein neuer Anzug und ein neuer Ueberzieher, die Angestellten des Restaurants gehörten, gestohlen worden, wobei der Dieb das Thürschloß erbrach. Der Hausdiener, der unter dem Verdachte des Diebstahls verhaftet wurde, ist jetzt, nach mehreren Wochen, wieder aus der Haft entlassen worden, weil sich keine belastenden Momente für ihn finden ließen. Gleichwohl ist er, unter gleichzeitiger Auslösung für einige weitere Wochen, entlassen worden. Mit einem Verdacht gegen Hausdiener sind manche Leute gegenwärtig etwas sehr vortheilhaft.

Wir erhalten folgende Berichtigung: Im Norden der Stadt, in der Gledensowstraße, beginnt ein Artikel im „Vorwärts“ (Nr. 46 vom 26. Februar d. J.). Derselbe ist in allen seinen Angaben falsch. Die Thatsachen sind folgende: Die Geleisen sind bis vorige Woche ohne Ausrüstung der Arbeitszeit beschäftigt worden und nicht, wie in diesem Jahre in sehr vielen Fällen, wegen Mangel an Arbeit entlassen worden, trotzdem der betreffende Meister einen großen Reservevorrath aufzuweisen hat; nur aus Rücksicht für die Arbeiter, damit dieselben nicht ohne Beschäftigung sein sollten, ließ er arbeiten. Es hatten sich aber mit der Zeit sehr viele Unzuträglichkeiten eingeschlichen, so z. B. kamen die meisten Geleisen erst Morgens 8 Uhr sogar noch später zur Arbeit, des Montags wurde fast gar nicht gearbeitet u. s. w. Daraufhin hat sich der betreffende Meister genöthigt gesehen, folgendes zu bestimmen:

Da wir jetzt schon bis 6 Uhr Abends sehen können, daß die Vichtarbeit weg, es kann Jeder pünktlich kommen und die Arbeitszeit besser ausnützen und weniger dem Gastwirth Beschäftigung geben. Sollten dennoch Einige dazwischen sein, welche die Stunde nicht missen können, so könnten ja dieselben die Vesperstunden

dessen Autorität ihm in bürgerlichen Kreisen einen ungeheuren Nimbus eingetragen. Die „Widerlegung“, welche Richter unseren ökonomischen Grundrissen widerfahren läßt, ist dabei so oberflächlich, daß sie von Jedem, der auch nur einigermaßen in diese Lehren eingedrungen ist, mit einigen Worten umgestoßen werden kann. Redner geht nun auf die einzelnen Einwendungen, welche Richter gegen den Sozialismus in der angezogenen Schrift macht, näher ein, ihre Unhaltbarkeit in richtiger Weise würdigend. Zum Schluss seines sehr interessanten Vortrages giebt Redner der Meinung Ausdruck, daß man sich vor der Hand gar nicht damit zu beschäftigen habe, wie der sogenannte Zukunftsstaat bis in die kleinsten Einzelheiten hinein aussehen werde. Das sei den Deuten zu überlassen, welche die Umwandlung der heutigen in eine sozialistisch geregelte Produktionsweise vornehmen werde. Die Art und der Entwicklungsgrad der Produktion wird für die Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft in ihren Besonderheiten maßgebend sein. Unsere Aufgabe ist es, die heutige Gesellschaft zu kritisieren, die Produktionsweise, auf welcher diese Gesellschaft basiert ist, in ihrem Wesen und ihrer Entwicklung zu erforschen, die Konsequenzen dieser Entwicklung zu ziehen und die so gewonnene Kenntnis in immer weitere Kreise zu verbreiten, um immer mehr Anhänger unserer Ideen zu gewinnen. (Lebhafte Beifall.) Diskussion fand nicht statt. Zu „Vereinsangelegenheiten“ wurde bekannt gegeben, daß die Mitglieder, welche krank gewesen oder welche arbeitslos sind, für die Dauer der Krankheit bezw. Arbeitslosigkeit vom Zahlen der Beiträge entbunden sind. Sie sind jedoch verpflichtet, ihre Mitgliedsbeiträge abzustempeln zu lassen. — Zu Kontrolleuren für den Osten wurden hierauf die Genossen Dieb und Schüler gewählt. Nachdem die Versammlung den Vorstand ermächtigt hatte, zum 1. Mai eine Festlichkeit, ähnlich den Festlichkeiten, welche am 30. September vorigen Jahres stattgefunden, zu arrangieren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Zimmerleute. General-Versammlung der freien Vereinigung am Montag, den 2. März, Abends 8 Uhr, im Reichs Salon, Bernstr. 12. Tagesordnung: 1. Vortrag und Diskussion über Sozialpolitik und Sozialdemokratie. 2. Verschiedenes und Beschlüsse. Jeder Zimmerer ist willkommen.

Mitgliederversammlung. Sonntag, den 1. März, Abends 8 Uhr, Versammlung Grenadierstr. 23 bei Seifert. Vortrag des Herrn Seifert über Stellung und Bedeutung. Nachdem gesellige Unterhaltung und Tanz. Gaffe, Tänzchen und Gesänge, haben Zutritt.

Reichsverband und Umgegend. General-Versammlung des Reichsverbandes der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter am Sonntag, den 1. März, Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Köhler, Amnstr. 1. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstehers über Tätigkeit des Vereins. 2. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 3. Vereinsangelegenheiten. Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht der Vorstand.

Achtung Schuhmacher. Zwei öffentliche Versammlungen finden am Montag, den 2. März, Abends 8 Uhr, statt. 1. Im Lokal Köhlerhof, Wilmstr. 27. Tagesordnung: 1. Die Sozialisierung der Waare infolge der kapitalistischen Produktion. 2. Diskussion. Ref. Adolph Schmeier. — 2. Im Saal des Herrn Lichtberger, 21. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Krise, ihre Entstehung und Folgen. 2. Diskussion. Ref. Wilhelm Werner.

Der Turnverein „Waldweg“ (dem Berliner Turnrat angehörend), der seit 2 Jahren besteht, eröffnet am Dienstag, den 2. März, seine dritte Lehrungs-Abteilung in der 19. und 100. Gemeindefabrik, Ruheplatzstr. 6-7, welche regelmäßig Dienstag und Freitag von 8 bis 10 Uhr turnt. Hilfe willkommen. Anmeldungen werden auf dem Turnsaal entgegen genommen.

Arbeiter - Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonntag, den 1. März, Vormittags 10 Uhr, bei Jost (Früher Keller), Andreestr. 21: Übungsstunde für sämtliche zum Bunde gehörende Vereine. Es wird gebeten, die Erben vier ersten Vorträge mitzubringen.

Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in den Gratinell'schen Bierhöfen, Kommandantenstr. 77-79. Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Genosse Kueber, 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gelegentlich Besamensein. — Gesungen und Gesprochen werden zu recht zahlreichem Besuch eingeladen.

Landsmannschaft „Deutsche Eiche“. Heute keine Sitzung. Sonntag: Nachmittagsbesuch mit Tamen nach Schmögen, am Montag 12 Uhr, Teich-Bräuerei. Gaffe willkommen. — Sonntag, den 2. März: Tamen-Abend in Gratinell's Bierhöfen, Kommandantenstr. 77-79. Anfang 8 Uhr. Billig pro Stück 20 Pfennig. Auf dem ersten Vortrage, G. Sanger, Wilmstr. 21, sowie bei allen Mitgliedern zu haben.

Leser- und Diskussionsklub. Sonnabend, Leser- und Diskussionsklub „Neuer Bach“ im Lokal des Herrn Schröder, Reichsbergerstr. 24. — Leserin, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Seifert, Bernstr. 12. — Leserin und Diskussionsklub des Arbeiterbildungs-Vereins in Weismann, Köhler- u. Charlottenburgerstrassen-Ecke bei Köhler. Gaffe haben Zutritt.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sonnabend, Abends 8 Uhr: Übungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. Gesangsverein „Freund und Schatz“, Preisbehr. 48 bei Köhler. — Gesangsverein „Sanges Eiche“, Stalingerstr. 142 bei Seifert. — Gesangsverein „Sanges Eiche“, Landbergerstr. 21 bei Köhler. — „Sanges Eiche“, Wilmstr. 21, Köhler, Knebelstr. und Hermannstr. Ecke bei Seifert. — Gesangsverein „Sanges Eiche“, Wilmstr. 21. — Gesangsverein „Tamer Bund“ bei Köhler, Köhler- und Wilmstrassen-Ecke.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend, Männer-Gesangsverein „Hans“, Bernstr. 12, bei Seifert. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gesangsverein der Offenbacher „Sängertrupp“, Seifert's Hof, Ludow. Str. 12, Abends 8-10 Uhr. Gaffe willkommen. — Musikverein „Hörner“, Abends 8-10 Uhr bei Seifert, Bernstr. 12. — Musikverein „Hörner“, Abends 8-10 Uhr bei Seifert, Bernstr. 12. — Tambour-Verein „Deutsche Eiche“, Sitzung 8 Uhr im Restaurant Zehow, Waterloo-Str. 14. Aufnahme neuer Mitglieder.

Berliner Turnvereinsvereine. 8. Männer-Abteilung, Abends 8-10 Uhr. — „Hörner“ Turnverein. Die 1. Lehrungs-Abteilung turnt Abends 8-10 Uhr. Der Turnsaal befindet sich Köhlerhof'sches Gymnasium, Wilmstr. 27-29.

Statt der „Kau“. gegründet 1. Oktober 1890. Abends 8 Uhr, Sitzung im Wilm-Saal's Restaurant, Wilmstr. 141. Genossen sind freundlich eingeladen. — „Statt der „Kau“, Wilmstr. 141. — „Privat-Theater-Gesellschaft Schöneberg“, im Lokal Wilmstr. 141 bei Seifert. — Theater-Verein „Giacinta“, Abends 8 Uhr, Sitzung. — Verein „Lützow'sche Brüder“, Abends 8 Uhr, Preisbehr. 24. — Vergnügungs-Verein „Lützow'sche Brüder“, Abends 8 Uhr, bei Seifert, Wilmstr. 12. Gaffe willkommen. — Vergnügungs-Verein „Sorgenbruder“, Wilmstr. 12. 4. Sitzung mit Damen. Gaffe willkommen. — „Hörner'scher Stenographen-Verein“, Wilmstr. 12, Abends 8 Uhr, im Restaurant Köhler, Wilmstr. 12, Unterredung und Übung.

meiner Entlassung durch meine Freunde eine Liste mit 2830 M. erhalten habe. Sollte jemand auf andere Listen geseichnet haben, so bitte ich denselben, seine Adresse bei Gnadt, Brunnenstr. 88, abzugeben.

Franz Nikolaus, Maurer, Vorfigstr. 81.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Dieb' Verlag) ist soeben das 22. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Das unzufriedene Agrarierthum in Preußen. — Carlisle und die sozialpolitische Entwicklung Englands. U. von G. d. Bernstein. — Die russische revolutionäre Bewegung einst und jetzt. IV. von B. Dieb'necht. — Literarisches Rundschau. — Feuilleton: Lächler unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschaftsleben von F. v. Ota. (Fortsetzung.)

Deveschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Brüssel, 27. Februar. Vor dem obersten Militär-Gerichtshof wurde heute gegen vier von den Grenadieren verhandelt, welche sich am 4. Februar in dem Gefängnis der Grenadierkaserne schwere Ausschreitungen zu Schulden kommen ließen. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß diese Ausschreitungen mit der sozialistischen Bewegung in keinerlei Zusammenhang stehen. Drei der Angeklagten wurden zu zweijähriger, der vierte zu dreijähriger Einweisung in eine Strafkompagnie verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Einstellung beizubehalten. Bei Anträgen bitten wir die Abonnements-Einstellung beizubehalten. Bei Anträgen bitten wir die Abonnements-Einstellung beizubehalten.

Vorsicht! Es erscheint uns sehr zweifelhaft, ob ein Vertrauensmann Ihnen bei einer solchen Ermittlung dienen könnte und wollte.

E. S., Liegnitzerstr. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.

C. R. Nein, natürlich wenn Sie sonst jagdberechtigt sind.

Anna. Wir können Ihnen nur mündliche Auskunft erteilen.

H. 17. Vorläufig wohl die Fortbildungsschule.

M. A., Schwerin. Von Ihrer Anfrage ist uns nichts bekannt. Richten Sie dieselbe noch einmal direkt an uns.

Zwei Weitende 52. Im Jahre 1879.

F. G., Greifswalderstr. Im Kouvert ist sicherer.

Volkerversammlung

für Rummelsburg u. Umgegend

am Sonntag, den 1. März, Vorm. 11 Uhr, in der Gräf. Reischach'schen Brauerei zu Straßau.

Tages-Ordnung:

1. Das Programm der Sozialdemokratie. Referent: Reichstags-Mitgl. **Molkenbühr.**
2. Diskussion.
3. Wie stellen sich die Genossen zur Wahl eines Vertrauensmannes für Straßau-Rummelsburg?
4. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. 395/108

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Möbel a. Theilz. Hugo Lewent, Holzringerstr. 75.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Benthstrasse 3.

In zweiter Auflage erschien soeben:

Die Bestrebungen der Sozialdemokratie

beleuchtet vom

Irr-Sinn Eugen Richter's.

4 1/2 Bogen 8. Preis elegant broschirt 25 Pfennige.

Gegenüber der von Eugen Richter herausgegebenen Broschüre: „Die Lehren der Sozialdemokratie“, verdient diese Schriftchen die ausgebreitete Verbreitung. Es ist eine durchaus sachliche, überaus schneidige Abfertigung des freisinnigen Parteiführers, die nicht verfehlen wird, in gegnerischen Kreisen auslösend zu wirken.

Für Massenverbreitung gewähren wir hohen Rabatt.

Nur Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarke führt das Hutgeschäft von

G. Fuaake,

Andreas-Str. 24.

Hamburger Laden.

Spezialität: Arbeiter-Anzüge. Weinbergsweg Nr. 2. Vom 1. April ab befindet sich m. Geschäft Linienstr. 225, Ecke Grenadierstr. nahe dem Schönhauser Thor. 243L

J. Leiser.

Nur 1 Mark. 700b

Magen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Baspadstr. 7, 1. Auch Sonntags.**

Sirajleisch, aus, 37d. 35-50 Pf. gewogen.

Emellisch 25

Gabliau 25

Schweins-Pökelfleisch . . . 35

Mehlenc. Eberwurst 50

Brannschw. Rothwurst . . . 70

Spickgans 150

Alle Sorten Käse billigst bei 244L

A. Pechmann,

Reichenbergerstr. 48.

Gardinen-Reste

in 1-4 Fenst. voll. spottb. in d. Fabrik **Grüner Weg 80, part.** Eingang vom Plur. 1216 L

Pfandverkauf

Kirchbachstr. 13. Kundverkauf zurückgegebener Gegenstände, neue u. wenig getragene Herren-Anzüge, einzelne Hüde, Jaquets, Hosen, Knaben-Anzüge, Uhren u. s. w. Für Verkauf täglich geöffnet. 77L

!!!Auf!!!

sonniger Bergeshöhe gereifte

Apfelsinen,

wirklich süße, dünnhäutige, rote Früchte, à Stück nur 3 Pf., empfiehlt, wie im Vorjahre, das Apfelsinen-Versand-Geschäft

M. Wypler, Alte Jakobstr. 52

in der Ecke (Gaden), zwischen Stallschreiber- u. Sebastianstr. Täglich frische Sendungen **Weißna-Blut-Apfelsinen.** Adresse aufbewahren! 176L

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu reparieren (außer Bruch) **1,50 Mk.** Kleine Reparaturen entsprechend billiger. **Uhren, Gold- u. Silberwaaren** **C. Wunsch, Naungr. 38, n. d. Oranienplatz.**

34-35 19 M. 34-35

Einsegnungs-Anzüge

Detail-Verkauf

Fabrikpreisen.

Einziges und größtes Geschäft der Residenz.

Siegr. Grossmann

Rosenthalerstraße

Nr. 34-35 34-35 34-35

Zur Einsegnung

36 Schwarze Cademirs gestreifte und gemusterte Stoffe zu billigen Preisen. **P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86.**

Das gr. Lager Berlins **Anderwagen, Andreasstr. 23, 5. p.**

Restherhandlung

1091 empfiehlt **Karlo, Waldemarstr. 86.**

Praktischer Zahn-Arzt

J. Semmel,

Neue Königr. 48, am Alexanderplatz. Sprechstunden: Vorm. von 9-1 Uhr, Nachm. 3-6 Uhr, Sonntags 9-3 Uhr.

Künstliche Zähne etc.

564b **Rechts-Bureau** des **Hgl. Pr. Anwalts a. D.,** Alte Jakobstr. 102, II. Gewissenh. Rath u. Hilfe in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags.

Möbel, Spiegel und

Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise. **Fabrik. Emil Heyn,** Brunnenstraße 25, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Knaben-Anzüge, Mädchen-Mäntel,

haltbare Stoffe, solide Preise, empfehle ich allen Genossen 208L

Wanteuffelstraße 43,

Ecke Stalingerstraße. **Pleiss.**

Hutfabrik

A. Lango, Brunnen-Str. 136-37. Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken. Großes Lager in Strohhüten u. Regenschirmen. Neelle Bedienung. 235L

Cohn's Hofenfabrik!

Pallfadenstr. 7. Größte Ausw. im Detailverkauf Berlins! Aus Restern gearbeitete einzelne Hofen in allen Größen. Knaben-Hofen v. 1 M., Männerhofen v. 1,50 M. u. Knaben-Anzüge v. 2 M. an. Buschen- u. Einsegnungs-Anzüge, elegant, spottbillig! Die 13. Hofe gratis. Bei mir gekaufte Resten werden umsonst zugeschnitten. 210L

Knaben-Anzüge, Röcke, Hosen und

Uhren, Regulatoren, Wäsche, Ringe f. b. a. verl. **G. Meyer, Stalingerstr. 25.** 576b

Waldbügel v. 50 Pf. an, Kanarienhähne u. Jungweibchen, Heubauer, Heckenfinken, sowie sämtl. Vögel für die Vogelliebhaber. Größtes Goldfisch-Depot, Glas-Aquarien, 4 Eimer Wasser enthaltend 4,50 M., 2 Eimer 2,50 M., 1 Eimer 1,50 M. Alle Sorten Vogelfutter, Ameisenener u. Rehlwürmer empfiehlt **Max Jaek, Vogelhandlung, Berlin NW., Thurnstr. 72.** 704b

Stieglitz, Buchfinken, Hänflinge 1,30, Kanarienhähne, scharfe Hechhähne, von 5 M. an. Schwarzameln, Singdrosseln (singend) 4 M., Zeigige (Sänger) 1 M. 710b

Koppenstr. 90.

Vogelhandlung en gros.

Süddeutscher Postillon Nr. 5

ist eingetroffen. Die Nr. 10 Pf. Wiederverkäufer lohnender Rabatt. 242L

H. Kohlhardt, 8., Mariannenstr. 34.

Allen Freunden u. Genossen empfehle mein **Wein-, Weiss- u. Bairischbier-Lokal.** **C. Nestle,** 247L

Wolliner-Str. 2.

Wer Milchgeschäfte billig u. vortheilhaft einrichten will, wende sich an 632b **Reichdorf u. Oberlander,** Wollwarenfabrik, Wollstr. 44.

Umst. halb. eine Wohnung v. I. für 82 Thlr. (Hofstr. 1a, helle Küche Keller, Boden. **Hoffmann, Wilmstr. 78, v. 1 Tr.** 711b

Wohnungen 50-70 Thlr. sofort und 1. April Forsterstraße 51/52. 57 M

2 Zimmer m. Piano sind für Vereint, Arbeitsnachw. und Zehlfische zu verp. SW., **Simonstr. 23, bei A. Flick.**

Stube, Kammer u. Küche (70 Thlr.) z. 1. April z. v. **Hochstr. 1a.** 701b

Schlafstelle z. verm. **Abalberstr. 77.** 1 Tr. bei **H. Gohl.** 705b

Eine möbl. Schlafstelle a. Parteeigen. b. **Roschmidt, Mariannenstraße 29, v. 1 Tr.** 712b

Prof. Schlafst. 1. 2 H. z. verm. [708b] **Grünauerstr. 7, v. 4 Tr. b. Kreiser.**

Prof. Schlafst. f. 2 H. zu verm. [702b] **Grüner Weg 6, v. 3 Tr. b. Britsch.**

Prof. Schlafstelle ist zu verm. [69M] **Prinzenstr. 90, 5. 1. 4 Tr. b. Ruppelt.**

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt **Artilleriestr. 27.** 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Ich nehme die Befehdigung gegen die **Fr. Rehfeldt** zurück. **Frau Baum,** 706b

Arbeitsmarkt.

Gewandter Tischlerges. auf Kundenarbeit sucht Stellung. [707b]

Defuy, Frankfurter Allee 137.

Arbeitsgesuch.

Ein Parteigenosse, Familienvater, seit Wochen ohne jeglichen Verdienstmittel die Genossen, ihm zu irgend einer Arbeit zu verhelfen oder ihm Nachricht zukommen zu lassen, falls sie Kenntnis von solcher Arbeitsgelegenheit erhalten. Nachrichten unter **O. L., Köpenick,** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Steinmühlknopf-Fraiser verlangen **Leinshau u. Markert,** vor dem **Straalauer Thor 22.** 67 M

Gejanglehrer.

Für einen 8 Jahre bestehenden Gesangsverein wird für Mittwoch ein tüchtiger Dirigent gesucht. Offerten unter **R. F., Postamt 29,** postlagernd.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,

50. 5. Reichenbergerstraße 5. 50.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Eberwalde. Nachwehen von der letzten Reichstags-Wahl. Am 17. Februar war Genosse Herrmann von hier damit beschäftigt, in Heegermühle, einem Dorfe unweit von Eberwalde, sozialdemokratische Wahlflugblätter zu verbreiten. Derselbe hatte sein Geschäft schon so ziemlich beendet, als er von dem dort stationierten Gendarmen Gans in der Wohnung eines Arbeiters einfluchtete wurde. Genosse Herrmann behauptet nun, daß er in der betreffenden Wohnung von dem Gendarmen so kräftig ins Gesicht gefaßt worden sei, daß er bei Seite taumelte. Die noch übrig gebliebenen Flugblätter wurden auf dem Schulzenamt laut Ausrufung des Amtsvorstehers durch den Gendarmen konfisziert. Hierbei sagte Herrmann: „Wegen der Beschlagnahme werde ich Protest einlegen und Sie haben mich ins Gesicht gestochen.“ In dem letzten Ausdruck erblickte der Gendarm eine Beleidigung, und Herrmann wurde unter Anklage gestellt. Unser Genosse erhob nun wegen des Stehens wider den Gendarm Gegenklage. Diese Anklage wurde von der Staatsanwaltschaft der vorgelegten Behörde des Gans zur Voruntersuchung übergeben. Der Gendarm beharrt, etwas derartiges getan zu haben, und es wurde nunmehr der Spieß umgedreht und zu der ersten Anklage noch eine zweite, wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung gegen Herrmann erhoben.

Am 8. Oktober v. J. fand zu Eberwalde vor der Strafkammer die Verhandlung statt. Herrmann wurde wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung nebst Beleidigung zu 6 Wochen und 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Aussagen von drei Zeugen die mehr oder weniger günstig für H. ausgesagt hatten, wurden für unglaubwürdig, die des Gendarmen Gans für glaubwürdig erklärt. Auf die von dem Verteidiger Rechtsanwalt Freudenhal (Berlin) beim Reichsgericht eingeleitete Revision wurde jedoch das Urteil der Strafkammer zu Eberwalde nebst den demselben zu Grunde liegenden Feststellungen aufgehoben und zur anderweiten Entscheidung an die erste Instanz zurückverwiesen.

Die Gründe des Erkenntnisses des Reichsgerichts lauten: Die Revision, welche Verlegung der §§ 165 und 164 des Straf-Gesetzbuches und des § 206 der Straf-Prozessordnung trägt, erweist sich als begründet. Die Hinweisung auf § 206 der Straf-Prozessordnung hat nach der Ausföhrung, daß die selbsteilten Thatfachen es im Unklaren lassen, inwiefern die Anzeige des Angeklagten eine objektive falsche sei, und überhaupt nicht ersehen lassen, weshalb dieselbe eine wissenschaftlich falsche gewesen sei, unerkennbar die Bedeutung, daß sich dieselbe zugleich auf die Beleidigung beziehen soll, welche mit den Vorgängen in Heegermühle, die den Gegenstand der Anzeige bildeten, in zeitlichem und örtlichem Zusammenhang steht. In dieser Beziehung aber ist anzuerkennen, daß die Entscheidungsgründe nicht mit Bestimmtheit ersehen lassen, worin die selbsteilte Beleidigung gefunden wurde. Als Anhaltspunkt dafür bietet sich nur die Äußerung dar, welche Angeklagter zu dem Gendarm Gans auf dessen Erklärung, daß er nun mit den Angeklagten fertig sei, dahin gehalten haben soll, „ja wir aber noch nicht; darüber, daß Sie mich hier gestochen und geschubst haben, werde ich Sie besonders bejagen.“

Wäre in der That in der Ausföhrung einer Klage wegen Mißhandlung ein Ausdruck der Mißachtung gegen den Gendarmen erkannt worden, so hätte diese Annahme durch Angabe der Gründe gerechtfertigt werden müssen, woraus die Berechtigung derselben auch für den Revisionsrichter hervorging. Dieses ist nicht geschehen.

Nicht weniger stillschweigend verhalten sich die Entscheidungsgründe gegenüber der Feststellung, daß die Anzeige, welche Angeklagter am 7. März 1890 gegen den Gendarmen Gans bei dem Amtsgerichte zu Eberwalde erstattete, eine wissenschaftlich falsche gewesen sei. Daß dieselbe objektiv falsch war, stellt die Strafkammer in hinreichend bestimmter Weise fest, indem sie annimmt, daß die Beschuldigung, der Gendarm habe den Angeklagten ins Gesicht gestochen, daß er — der Angeklagte — zur Seite getaumelt sei, durch die Aussage des Gans, wonach er den Angeklagten nicht berührt habe, widerlegt werde. Dagegen schweigen die Gründe vollständig darüber, in welchen Thatumständen das Bewußtsein des Angeklagten gefunden worden ist, daß in Wirklichkeit ein Verühren des Angeklagten, welches als Mißhandlung gedeutet werden konnte, durch den Gendarmen nicht stattgefunden habe. Einer hierauf bezüglichen Angabe bedurfte es um so mehr, als von den Zeugen, welche die Behauptung des Angeklagten mehr oder weniger bestätigen, anerkannt wird, daß sie, wenn auch befangen zu Gunsten des Angeklagten, immerhin nach ihrer individuellen Anschauung die Vorgänge so aufgefaßt haben, wie sie von ihnen dargestellt wurden, und dadurch die Erwägung nahe gelegt wird, inwiefern nicht auch bei dem Angeklagten eine gleiche, wenn auch mißverständliche Auffassung habe Platz greifen können. (Folgen die Unterschriften.)

Danzig. In Westpreußen beginnt eine rege Agitation für die Sozialdemokratie. Eine imposante Versammlung der Danziger Sozialdemokraten tagte am Montag, den 16. d. M., im Saale des Herrn Kressin in Schönblick. Herr Jochim sprach über „den Reichstag und die Arbeiterbewegung“. Herr Kresch schilderte die heutige wirtschaftliche Lage der Arbeiter, wobei er die der ländlichen Proletarier und der Frauen hauptsächlich in Betracht zog. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, die da sagt, daß die Danziger Parteigenossen mit der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion vollständig einverstanden sind. Eine zweite Resolution verlangte die Verhängung der Sperrre über den Bierausfuhrhandel der Reichold'schen Brauerei aus Königsberg, weil die Direktion es verweigert, daß in ihrem Lokale eine Versammlung des sozialdemokratischen Bildungsvereins abgehalten werden konnte. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme. Die Königsberger Genossen wurden in derselben angefordert, hierzu ebenfalls Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Genosse Wühl, schloß die vom besten Geiste befehlte Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Nach Schluß der Versammlung trug der Gesangsverein „Frei“ noch das Lied „Ein Sohn des Volkes“ vor, welches großen Beifall fand.

Stahlfurt. Eine Bergarbeiter-Versammlung tagte am 22. Februar im „Färkenhof“. Der Referent A. Siegel aus Gelsenkirchen legte zum ersten Punkt der Tagesordnung Zweck und Ziele des deutschen Bergarbeiter-Verbandes klar. Nachdem Genosse Rixen die Siegel'schen Ausführungen unterstützt und der Anschluß aller Bergarbeiter einmütig befürwortet war, beschloß die Versammlung einstimmig den Beitritt zum Verband deutscher Bergarbeiter. In übereinstimmender Einmütigkeit erhielt dann Kamerad Siegel das Mandat als Vertreter der Bergarbeiter Stahlfurts auf dem nächsten internationalen Bergarbeiter-Kongress zu Paris, während Kamerad Brische als Vertretungsmann gewählt wurde.

Mit einem Hoch auf den Verband erfolgte Schluß der äußerst zahlreich besuchten Versammlung, worauf eine wahre Massen-eingehung in die ausgelegten Mitgliederlisten erfolgte.

Wilsdorf, 25. Februar. Trotz aller Nähe, welche sich die Vertrauensmänner des Rechtschutz-Vereins geben, nimmt die Streikstimmung unter den Bergleuten zu. Der Erlaß des Ministers, den Sie wohl schon kennen, tritt nur einigen irrigen Auffassungen entgegen, welche sich bei den Leuten festgesetzt hatten. Ein Gleiches gilt von einem Flugblatt, das vom Vorstand des Knappschaftsvereins verbreitet wurde. Der Knappschaftsvorstand hat die Sache dadurch verwickelt, daß er eine oder zwei Eingaben der Bergleute unbeantwortet ließ. — Einige Forderungen der Bergleute, welche schon unter dem alten Statut erhoben waren (freie Kerkwahl bei Außenpflege, dann daß Jemand nur eine bestimmte Zeit im Knappschafts-Krankenhaus zu bleiben braucht, nach deren Ablauf aber nach seiner Wahl selbst ein Krankenhaus wählen kann, Abschaffung der Knappschafts-Distriktsärzte u. f. w.) sind in dem neuen Statut unerfüllt geblieben. Augenblicklich richtet sich die Spitze aller Ausfälle, die man in den Bergmannswirtschaften hört, gegen die Knappschaftsstatuten, die „Lafager“ genannt werden. Der Vorstand des Rechtschutz-Vereins will diese Stimmung benutzen. Am nächsten Sonntag wird in Sulzbach eine Versammlung der Ausschussmitglieder der königlichen Gruben stattfinden. Dieser soll der Vorschlag gemacht werden, eine Eingabe an den Knappschaftsvorstand zu richten, wonach die Kerkten fortan auf 2 Jahre gewählt werden und das Amt der jetzigen mit dem 1. April, spätestens am 1. Mai zu Ende gehen soll. Die jetzigen Kerkten und der Knappschaftsvorstand haben also eine dahingehende Statutenänderung zu beschließen haben. Der Herr Oberpräsident soll um Unterstützung dieser Forderung gebeten werden. Man glaubt bestimmt — und ich theile diese Auffassung — daß dadurch der Streik der einwirkendenfalls nicht auf das Saarrevier beschränkt bleiben dürfte, verhindert werden wird.

Arbeiterbewegung.

Hamburg, den 23. Februar. Mitgliederversammlung der hiesigen Zahllosen des Unterstützungsbundes deutscher Tabakarbeiter, am Sonntag, den 21. Februar 1891, in der Konfordia. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stand der Aussperrung; 2. Veranlassung der Statuten zur Errichtung einer Genossenschaft. Zum ersten Punkte erhielt der Kollege v. Elm das Wort. Derselbe führte aus, daß sich seit unserer letzten Versammlung Manches ereignet habe, was auf unsere Aussperrung einen günstigen Einfluß ausüben werde.

Was den augenblicklichen Stand der Aussperrung anbelangte, so sind die Kollegen in den verschiedenen Filialen jetzt auch bereit, für uns einzutreten. Unsere Kollegen Witt und Stromberg haben alle Filialen besucht, und die Arbeiter der Firma Hergel in Norderheim, sowie diejenigen der Firma Schmidt in Herford haben die Arbeit eingestellt, trotzdem Herr Schmidt jun. sowohl wie der Kompanjon des Herrn Hergel sich sofort auf die Reise begaben, um die Arbeiter umzustimmen. Auch haben die Kollegen in Minden, die für die hiesigen Firmen Jiegenbein und Klein u. Buschke arbeiten, die Arbeit eingestellt. Diese wollen gleichzeitig verschiedene Mängel, die in der dortigen Hausarbeit herrschen, beseitigen. Die Hausarbeiter dort bekommen nämlich 1 M. 30 Pf. weniger, wie die Arbeiter in der Fabrik. Man sieht daraus, daß die Fabrikanten nur auf das Band geben, um den Preis nicht nach der Arbeitsleistung, sondern nach der Ausbeutungsmöglichkeit bestimmen zu können. Auch in Rehme haben die Arbeiter der Firma Langhans u. Jürgensen die Arbeit eingestellt.

Um die Arbeiter zum Weiterarbeiten zu bewegen, habe der Buchhalter der Firma in der Versammlung, in welcher Stromberg referierte, behauptet, die Roth unter den Ausgeschlossenen in Hamburg sei so groß, daß dieselben sich nur noch von Kartoffelsäften ernährten, womit er jedoch gerade die gegenteilige Wirkung, als von ihm beabsichtigt, hervorgerufen habe.

Eine in den ersten Tagen der Woche stattgehabte Privat-Unterredung einiger Ausgeschlossener mit der Firma Weisflog u. Fischer beweis, wie sehr das Bedürfnis nach einer Einigung in den Kreisen der Fabrikanten vorhanden sei — am Schluß derselben habe Herr Weisflog in Einverständnis mit Herrn Wuhle, dem Präses des Fabrikantenvereins, erklärt, daß, wenn die Arbeiter an einem Tage ihren Austritt aus den Vereinen unterschreiben würden, die Fabrikanten ihnen schon am nächsten Tage volle Arbeitsfreiheit bezüglich Wiedereintritts in dieselben lassen würden.

Die Arbeiter der Firma hätten es einstimmig abgelehnt, sich auf eine solche Komodie einzulassen. In falsch verstandenen Ehrgefühl beständen die Fabrikanten auf ihrem Schein, um der Bitterkeit und ihren Freunden in der Gesellschaft gegenüber sich als Sieger geriren zu können. Es liege nach seinem Dafürhalten im Interesse der Fabrikanten selbst, nach einem auch von ihrer Seite mit so großer Ausdauer geföhrten Kampfe einen für beide Theile annehmbaren Frieden zu schließen — die Arbeiter könnten und dürften auf ihr gemeinsames Vereinigungsrecht und sei es auch nur für einen Tag, nicht verzichten.

Um jedes Gefühl der Bitterkeit zu begraben, um auch für die Zukunft mit den Arbeitern ein harmonisches Verhältnis herzustellen, sei den Fabrikanten zu empfehlen, die Organisation der Arbeiter als einen gleichberechtigten Faktor anzuerkennen — von Siegern und Besiegten könne dann keine Rede sein. Wenn einige Fabrikanten gewünscht hätten, mit einzelnen Personen welche während des Kampfes in den Versammlungen sie besonders scharf angegriffen hätten, nicht verhandeln zu wollen, so könne diesem Wunsche, sofern der Fabrikantenverein denselben offiziell äußern würde, Rechnung getragen werden, da die betreffenden Personen der Sache wegen gern zurücktreten würden.

Wenn die Fabrikanten sich jedoch vielleicht mit der Hoffnung schmeicheln, mit anderen Personen leichteres Spiel zu haben, so seien sie im Irrthum, die Sache bleibe dieselbe — der Kurs der Kite.

Bei Beginn des Kampfes hätten die Bremer Fabrikanten die hiesigen aufgefordert, anzuhören — selbst wenn der Kampf 13 Wochen währen sollte. Die 13 Wochen seien vergangen, ohne den Fabrikanten den erwünschten Erfolg gebracht zu haben — ein beträchtlicher Theil der Hilstruppen der Fabrikanten, die Arbeiter in den Filialen, sei jetzt mit neuem Muthe in die Reihen der für ihre gerechte Sache kämpfenden Arbeiter eingetreten — die übrigen würden voraussichtlich bald folgen. 13 Wochen lang seien die Gelder zur Unterstützung der Ausgeschlossenen ausgebracht worden — das Interesse für den Kampf sei gerade in der letzten Zeit in den Kreisen der Arbeiter gestiegen — es sei das genügend Bürgschaft dafür, daß — sollten die Fabrikanten keinen Frieden mit den Arbeitern schließen — auch noch für weitere 13 Wochen die Gelder ausgebracht würden.

An ein Verzichtleihen der Arbeiter auf ihr Koalitionsrecht könne jetzt, wo sich mit jedem Tage die Situation für sie günstiger gestaltet, nicht im Entfernsten gedacht werden.

(Stürmischer Beifall.)
Reichstagsabgeordneter Herr. Wollenbuhr, welcher jetzt das Wort erhält, führt aus, daß bei Beginn des Kampfes wohl keiner geglaubt habe, daß derselbe mit solcher Hartnäckigkeit und Ausdauer von beiden Seiten geführt werden würde. In 13 Wochen der Arbeiterbewegung sei es wohl einzig, daß während eines so andauernden Kampfes noch nicht mehr Streik-

brecher geworden seien, daß wenn die Fabrikanten dieselben unter sich vertheilen würden, auf Jeden noch nicht ein Ganzer kommen würde. Die Fabrikanten hätten (und dies erklärt die lange Dauer des Ausstandes) in dem von ihnen vom Jaun gebrochenen Kampf bisher zwei mächtige Verbündete — die im Monat Januar herrschende Kälte in unserer Gewerbe und die infolge des hartnäckigen Winters eingetretene allgemeine Arbeitslosigkeit. Diese natürlichen Bundesgenossen der Fabrikanten ver-laffen dieselben jetzt.

Die Geschäftskonjunktur ist im Steigen begriffen — die Arbeitsgelegenheit in allen Gewerben mehrt sich wieder, und mit mit derselben werden auch die eingehenden Gelder zur Unterstützung der Ausgeschlossenen wieder reichlicher fließen.

Die Berliner Arbeiter bilden eine große Masse — ist dieselbe erst einmal in Bewegung gesetzt, dann kann man darauf rechnen, daß große Summen von denselben ausgebracht werden.

Die hiesigen Tabakarbeiter stehen im Kampfe für die Interessen der Arbeiter ganz Deutschlands — sie haben sich als heldenmüthige Kämpfer bewährt. Deutschlands Arbeiter werden dies zu würdigen verstehen und alles daransetzen, die notwendigen Mittel zur Fortführung des Kampfes anzuschaffen. Wenn irgend eine Gattung von Arbeitern berechtigt ist, eine Verbesserung ihrer Lage zu beanspruchen, so sind es die Tabakarbeiter — ihr Verdienst ist ein äußerst trauriger und doch ist ihr Gewerbe eines der lebensgefährlichsten.

Die Tabakarbeiter, welche sich durch die Güten des Sozialistengesetzes nicht vom rechten Wege abbringen ließen, haben während der vergangenen 13 Wochen bewiesen und werden auch für die Folge bewähren, daß sie Männer sind, welche trotz Opfer und Entbehrungen fest wie ein Mann im Kampfe stehen, bis ihnen die Fabrikanten ihr gutes Recht nicht mehr freitig machen. (Stürmischer Beifall.) Es wird sodann bekannt gegeben, daß die Hausarbeiter Delle, Varielstr. 27, Gimbsbüttel und Otto, Friedensstraße 12 Gilbed die Arbeit wieder aufgenommen haben und er-sucht, bei denselben nicht in Arbeit zu treten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung werden zunächst die Statuten der zu errichtenden Genossenschaft verlesen und beschlossen, die Beitritts-erklärungen in den nächsten Tagen entgegen zu nehmen.

Die imposante, von 4000 Mitgliedern besuchte Versammlung wurde sodann gegen 11 Uhr geschlossen.

Gerichts-Beitrag.

Unter der Auflage des Beitrages hatte gestern der Holz-händler Wilhelm Prenzlow vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen. Im Jahre 1876 fand der Kaufmann Möhring mit dem Angeklagten in Geschäfts-Verbindung. Prenzlow hatte an Möhring ein Guthaben von 2678 Mark, welche Kagen und erstirt auch ein obliegendes Erkenntnis. Da der Schuldner zahlungsunfähig war, so unternahm der Angeklagte vorläufig keine Schritte gegen ihn. Erst im Jahre 1887, also 12 Jahre später, wurde der ahnungslose Schuldner plötzlich von einem Gerichtsvollzieher heimgesucht, welcher im Auftrage des Angeklagten die Pfändung vornahm. Der Letztere hatte das Erkenntnis mit der Vollstreckungsformel versehen lassen und ging nun gegen den Schuldner, dessen Verhältnisse sich inzwischen gebessert hatten, vor. Es wurden 500 Mark bares Geld, eine goldene Uhr nebst Kette und verschiedene Mobilien gepfändet. Möhring bewirkte eine Einstellung des Verfahrens und strengte gegen Prenzlow die Klage an. Er erbot sich zum Beweise, daß bereits im Jahre 1876 eine Einigung mit Prenzlow stattgefunden habe. Der Kläger behauptete, daß er damals eine Hypothek von 15 000 M. von Prenzlow eckirt habe. Der Letztere habe hierdurch sein Guthaben für getilgt anerkannt und sich außerdem verpflichtet, für einen damals von Möhring unternommenen Bau so viel Holz zu liefern, daß der aus der Hypothek entstandene Ueberschuß ausgeglichen wurde. Möhring behauptete auch, daß er damals ein Schriftstück über diese Vereinbarungen aufgesetzt und an Prenzlow zur Unterschrift ausgehändigt habe. Der Letztere habe aber immer Ausschichte gemacht, wenn er um Rückgabe des unterschriebenen Schriftstückes gebeten wurde und schließlich sei die Angelegenheit in Vergessenheit gerathen. Prenzlow bestritt dagegen, daß ein solcher Vertrag stattgefunden habe. Das betreffende Grundstück wurde im Jahre 1877 unter den Hammer gebracht, wobei die Hypothek von 15 000 Mark ansiel. Die Klage nimmt an, daß Prenzlow eine so lange Zeit verstrichen ließ, bevor er seine Forderungen geltend machte, um den Nachweis des in Frage stehenden Vertrags zu erschweren. In der Zwischenzeit erbot der Beklagte Prenzlow sich zur Eidesleistung darüber, daß jener Vergleich nicht stattgefunden habe. In der zweiten Instanz leistete Möhring einen Eid dahin, daß der Vertrag doch stattgefunden habe und es trat noch ein wichtiges Beweismittel hinzu, welches gegen Prenzlow sprach. Bei dem Letzteren wurde der Vertrag gefunden, aber die untere Stelle des Schriftstückes, wo die Unterschriften gestanden hätten, war durch Feuer vernichtet. Die Voransetzung der Klage, daß Prenzlow selbst diese theilweise Vernichtung der Urkunde vorgenommen habe, erwies sich als unrichtig, die Behauptung des Angeklagten, daß im Jahre 1880 in seiner Wohnung ein kleines Schadenfeuer stattgefunden habe, wobei eine ganze Anzahl Papiere an einer Seite angebrannt wurden, konnte durch die Beweisnahme erwiesen werden. Der Angeklagte bestritt, daß er auf die ihm von Möhring gemachten und zu Papier gebrachten Vergleichsvorschläge eingegangen sei, er habe vielmehr die Geston der Hypothek nur als eine Sicherstellung seiner Forderung angesehen, die er wieder geltend machen konnte, wenn die Hypothek, wie es geschehen sei, ansiel. Der Zeuge Möhring blieb mit voller Bestimmtheit bei der gegenteiligen Behauptung. Auf Grund dieses Zeugnisses, sowie des Urtheils des Kammergerichts, wonach Prenzlow verurtheilt worden war, hielt der Staatsanwalt denselben für überführt und beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von 600 M. Der Gerichtshof folgte dagegen den Ausführungen des Verteidigers H. A. Weller, hielt das Beweismaterial nicht für belastend genug, und fällt ein freisprechendes Urtheil.

Versammlungen.

Zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsschule fand am 25. Februar unter Leitung des Genossen Gumpel in der Norddeutschen Brauerei eine öffentliche Versammlung statt, die von Damen und Herren derartig zahlreich besucht war, daß der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. An Stelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten Schippel sprach Reichstagsabgeordneter Schwarz und zwar über die Verhältnisse im Schiffahrtswesen. Redner schloß voraus, daß er durchaus nicht beabsichtige, einen agitatorischen Vortrag zu halten, sondern nur in kurzen Zügen die Verhältnisse im Schiffahrtswesen beleuchten wolle. Die Zeit nahe jetzt wieder heran, wo viele Knaben die Schulen verlassen, um sich einem Lebensberufe zu widmen. Da habe sich vielleicht in manchen

Köpen, veranlaßt durch romantische Erzählungen oder Lektüre, der abenteuerliche Gedanke feigt, zur See zu gehen. Andererseits glauben viele Arbeiter, auf der See ein freieres Leben zu haben, als in den Fabriken und wenden sich den Häfen zu, um auf Schiffen zu nehmen, besonders Arbeiter aus der darniederliegenden Montanindustrie. Beide Teile fassen sich zumeist in ihren Erwartungen bitter getäuscht. Das Schiffsleben mit seiner schweren Arbeit, mit seiner strengen Disziplin, mit seinen Entbehrungen und Gefahren sei eben ganz anders, als es in phantastischen Schilderungen dargestellt wurde. Die Küstenbewohner und Hafenstädter, die von Jugend auf mit dem Schiffsleben im Zusammenhange stehen und in dasselbe hineinwachsen, sind mehr geeignet, Schiffsdienste zu verrichten, als die Binnenländer, die noch nie ein Schiff betreten haben. In interessanter und sachlicher Weise schilderte der Vortragende mancherlei Erlebnisse aus seinem langjährigen erfahrungreichen Seemannsleben, die wohl geeignet waren, den Seemannsberuf seines falschen romantischen Nimbus zu entkleiden. Redner führte die realen Verhältnisse des Schiffsverkehrs vor Augen, besprach die Seemannsordnung vom Jahre 1872, welche das Schiffsverkehrsrecht gesetzlich regelt, die an sich zwar einen wesentlichen Fortschritt gegen die frühere „ordnungslose“ Zeit bedeute, die aber den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspreche und dringend reformbedürftig sei und reformiert werden müsse, sofern verhindert werden solle, daß schließlich die meisten seetüchtigen jungen Leute Deutschland den Rücken wenden und die Marine selbst der nötigen geeigneten Kräfte entbehre; Redner demonstrierte ferner das Juristische der deutschen Schifffahrt hinter denjenigen anderer Länder, insbesondere England und Amerika, in Bezug auf Heuerung (Lohnung), Behandlung, Kost etc., zeigte, wie seitens der deutschen Aboeder- und Aboeder-Gesellschaften die Ausnutzung in systematischer Weise betrieben werde, wie trotz der geringen Heuerung eines deutschen Motoristen (45-50 M. monatlich, während England 80-90 M. zahlt), dieselben sich nicht entblöden, Chinesen (Kulis) und Kameruneger für 15-20 M. monatlich einzustellen, zeigte, daß die Seeleute demgegenüber gewissermaßen noch „große Kinder“ seien, die ihre Lage noch nicht erkannt hätten, was bei ihrem Berufe erklärlich sei, daß aber infolge der Ausbreitung der Dampfschiffe auch die Seeleute anfangen, seghafter zu werden, sich anzuklären und Fühlung zu gewinnen mit der gesamten Arbeiterschaft, daß auch die Zeit kommen werde, wo die Seeleute sich dem Sozialismus zuwenden und in diesem Falle, da sie international seien, der Sozialdemokratie kraftvolle Bahnbrecher werden würden. Lebhaft Anerkennung wurde dem Vortragenden gezollt. Die Diskussion war eine sehr animierte, und es wurden die Verhältnisse im Schiffsverkehrs, auf Auswandererschiffen u. dergl., wie auch die Lage der „Pufferproletariat“ von den Genossen Millarg, Goldberg, Koff, Rodrian, Heidmann, Dornbusch und Tenschel in lehrreicher und fesselnder Weise besprochen. In die hochinteressanten Debatten kam leider ein Miston, indem der Student der Medizin, Herr Peters, sich wieder einmal veranlaßt fühlte, seine Weisheit vom Stapel zu lassen, was eine gründliche seemannische Kopfwäsche des Herrn Studenten Peters zur Folge hatte. Sonst war der Erfolg des Abends ein großer, um so mehr, als das erörterte Hauptthema bisher nur wenig oder gar nicht zur Diskussion gelangt hatte und vielen darüber Gelegenheit geboten worden war, einen Einblick in die Verhältnisse aus dieses Teiles der Arbeiterschaft zu gewinnen. Nach verschiedenen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die städtische Versammlung mit einem Hoch auf das Gedeihen der Arbeiterbildungsschule.

Eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

Land unter dem Vorsitz des Genossen Koopmann am Dienstag, den 24. Februar im „Wedding-Park“ statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Krankheiten und Sterbefälle, besonders bei Frauen und Kindern, wie hilft der Staat, wie helfen wir uns selbst?“ ergriff der Reichstagsabgeordnete Genosse Heine das Wort und führte aus:

Wie auf so manchen Gebieten herrscht besonders in Bezug auf die Heilkunde noch der trübselige Aberglaube in der menschlichen Gesellschaft, der die Massen in einer oft ganz und gar klavennmäßigen Anschauung dahinleben läßt. Von berufener Seite, d. h. vom Staat, geschieht wenig oder eigentlich gar nichts, um diesen Aberglauben die Lebensfähigkeit zu rauben. Eine nur einigermaßen ausreichende Kenntnis des eigenen Körpers, des Ernährungswesens desselben u. s. w. findet man mit Ausnahme der Mediziner nur bei äußerst wenigen Personen, und am wenigsten bei dem Arbeiter. Gerade für den Arbeiter wäre es aber von der weittragendsten Bedeutung, wenn er nicht nur den Bau seines Körpers, sondern auch die Funktionen der einzelnen Körpertheile einigermaßen kennt. Wir alle wissen, daß vorgeschrittene Krankheiten verhältnismäßig schwer, häufig sogar absolut nicht mehr zu heilen sind, während bei ihrem Entstehen die Anwendung eines geringfügigen Mittels eine Heilung in kurzer Zeit herbeiführt haben würde. Wenn nun die Arbeiter, unter denen bekanntlich ja zahlreiche theils leichte, theils äußerst gefährliche und verderbliche Berufskrankheiten grassieren, infolge genügender Kenntnis ihres eigenen Körpers das Entstehen einer Krankheit beurteilen könnten, so wäre die Sterblichkeit unter den arbeitenden Klassen ohne Zweifel bedeutend geringer wie augenblicklich. (Redner führte hier verschiedene Berufskrankheiten an, z. B. die in den Schmelzholzfabriken, den Alchalesterien u. s. w. herrschenden.) Die Krankheiten der Eltern haben aber nicht nur für diese selbst eine degenerative Wirkung, sondern für die ganze Familie, da die Kinder sehr oft den Keim der elterlichen Krankheit mit auf die Welt bringen. Welche ungeheure Wirkung diese Tatsache in Bezug auf die Sterblichkeitsziffer hat, erheilt daraus, daß das Durchschnittsalter des Menschen sich auf 32 Jahre stellt. Nimmt man aber das Durchschnittsalter des Arbeiters, ohne das der bestehenden Klassen hinzuzurechnen, so erhalten wir höchstens den sechsten Teil des ersteren.

Eine unserer Hauptforderungen muß deshalb darin bestehen, daß jedem Menschen in der Schule eine genügende Kenntnis seines eigenen Körpers verschafft werde. Wir wollen ja keine Anatomen ausgebildet haben; aber so viel muß jeder wissen, daß er das Entstehen eines Uebels kennen und eventuell auch gleich eingreifen kann, denn Krankheiten sind besser gehindert als geheilt.

Eine schwerwiegende Ursache der verschiedensten Krankheiten haben wir ferner in der ungenügenden Nahrung der breiten Massen zu suchen. Am schlimmsten ist dieses bei den Frauen und Kindern. Die Frau, welche neben der Arbeit auch ihre Pflichten als Gattin und Mutter zu erfüllen hat, verliert sich bei einer ungenügenden Ernährung am schnellsten auf und giebt dann Kindern das Leben, welche den Keim des Siechtums schon in der Wiege tragen und meistens schnell sterben. Die Kinder sind ebenfalls für die meisten Krankheiten sehr empfänglich, denn ihr Körper bedarf einerseits zum Wachstum der genügenden Nahrung und Ruhe und andererseits auch, um gleichzeitig die durch die Arbeit verbrauchte Kraft zu ersetzen. Gerade dem heranwachsenden Kinde ist deshalb ein Mangel an Nahrung u. s. w. doppelt nachtheilig.

Zu all' diesen Thatigkeiten gesellt sich auch noch diejenige, daß es im Falle einer Erkrankung den meisten Familien der arbeitenden Klasse absolut nicht möglich ist, einen Arzt zu Rathe zu ziehen und aus der Apotheke die theueren Heilmittel holen zu lassen. Wir sind deshalb der Ansicht, daß der Arzt sowohl wie die Apotheken Gemeingut werden und auch dem Kranken unentgeltlich zugänglich gemacht werden müssen.

Da der Staat sich nun aber nicht genügt sieht, diese Pflicht gegen die Staatsbürger zu erfüllen, so bleibt den Unbemittelten derselben — und deren sind 90 pCt. — nichts Anderes übrig, als sich selbst zu helfen, indem sie zu gegenseitigem Weisande Genossenschaften gründen. Derartige Genossenschaften, die den Mitgliedern gegen einen sehr geringen Monatsbeitrag ärztliche

Hilfe, Arzneien u. s. w. gewähren, existieren zur Zeit schon in mehreren Städten Deutschlands. In Halberstadt z. B. zahlen die Mitglieder wöchentlich 30 Pf. und hatten dafür vollständige ärztliche Behandlung und unentgeltliche Arznei; es war ferner mit Beurlaubten ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Mitglieder des Sanitätsvereins die Krankenkasse zu einem bedeutend niedrigeren Preise beziehen konnten, mit Badeanstalten u. s. w., so daß jedes Mitglied außerordentliche Vergünstigungen hatte. Da aber ein Sozialdemokrat an der Spitze dieses Unternehmens stand, so mußten z. B. die Angehörigen der königlichen Werkstätten und auch noch zahlreiche andere Arbeiter aus dem Verein austreten, und es wurde ein neuer Verein gegründet, der dem alten ähnlich war, aber seine Leistungsfähigkeit nie erreichte.

Derartige Einrichtungen können nun wohl dazu dienen, eine kleine Hilfe zeitweilig zu gewähren. Ist aber unser Streben, einem jeden Menschen ärztlichen Beistand sowohl wie Heilmittel zugänglich zu machen, so muß es vor allen Dingen dahin kommen, daß die Verhältnisse von Grund aus umgestaltet werden. Erst dann ist es uns möglich, für unsere eigene Gesundheit und die unserer Frauen und Kinder hinreichend zu sorgen. (Lebhafter Beifall.)

Die Genossen Dietrich, Heilmann, Reichling und Koopmann hoben hervor, daß auch in Berlin ein Sanitätsverein existiere und forderten zum Beitritt auf.

Die Genossen Pausche, Frist und Martini sprachen im Sinne des Referenten.

Folgende Resolution wurde gegen die Stimme des Genossen Wolf von der Versammlung angenommen:

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, für den Berliner Sanitätsverein zu wirken und die Solidarität der Arbeiter auch auf sanitärem Gebiete zu beweisen.

Unter „Verschiedenem“ forderte Genosse Koch die Versammlung auf, das Bier der Adler-Brauerei nicht zu trinken, da dieselbe keine Räume zu Versammlungen bergebe. Eine diesbezügliche Resolution wurde mit dem Vornamen zurückgewiesen, daß das Saage der Lokalkommission sei.

Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen, donnernden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Arbeiter-Länderbund Berlin und Umgegend. Am

Donnerstag, den 22. Februar, tagte eine Ausgabung des Arbeiter-Länderbundes, um folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Aufnahme von Vereinen, 2. Gehalt des Bundesorganen, 3. Gedanken wir am 18. März einen Vortragsabend zu veranstalten? 4. Verschiedenes. — Zur Aufnahme haben sich wiederum acht Vereine gemeldet. Sechs Vereine wurden aufgenommen, während zwei zurückgestellt wurden, da deren Vertreter nicht erschienen waren. — Was das Gehalt des Bundesorganen betrifft, so ist der Ausschuss sich dahin einig geworden, dasselbe nach den Nebungsstunden resp. Konzerten etc. zu berechnen und zwar für eine Übungsstunde 20 M. und für ein Konzert 25 M. Neuwahlungen finden alle sechs Wochen statt. — Der zweite Punkt der Tagesordnung fand damit seine Erledigung, indem beschlossen wurde, am 18. März einen Vortragsabend zu veranstalten und zwar im Saale der Brauerei Friedrichshain (Pils). Ein Antrag, welcher besagte, daß in Erwägung der Stärke des Bundes bei Einführung von Gassen sich das Lokal zu klein erweisen würde, die Frauen diesmal auszuscheiden, wurde abgelehnt, da auf jedem Gebiete die Frau dem Manne gleichsteht. In diesem Besitze ist ein Vergnügungskomitee von 7 Genossen gewählt. Der Vorsitzende macht bekannt, daß die nächste Übungsstunde ebenfalls am Sonntag, den 1. März, stattfindet, es wird im „Vorwärts“ bekannt gegeben.

Bezüglich der Lokalfrage wird den Vereinen dringend empfohlen, nur in solchen Lokalen zu tagen, welche auf der Lokalliste verzeichnet resp. wo Arbeiterblätter ausliegen, widrigenfalls solche Vereine vom Bunde ausgeschlossen werden.

Ein Antrag, die Abgeordneten Genossen Uebel und Grifenberger zu ihrem heutigen Geburtstag zu beglückwünschen, findet einstimmige Annahme. — Nachdem alle Anwesende das Bundeslied: die Arbeiter-Marschlied, gesungen, schließt der Vorsitzende die Sitzung.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher in Holz-

fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter tagte am 23. d. M. unter dem Vorsitz des Kollegen Stein. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Die Lage der ausgesperrten Arbeiter Deutschlands, speziell Hamburgs“, wurde, weil der Referent noch nicht erschienen war, vorläufig zurückgelegt und zum dritten Punkt, „Anträge der Agitationskommission“, geschritten. Die Kommission schlägt vor, Zahlstellen zu errichten und einen Referendatsfonds zu gründen, um hilfsbedürftige Kollegen zu unterstützen. Ferner schlägt die Kommission vor, Quittungsarten an die Kollegen auszugeben und Marktenvertrieb, und zwar in folgender Form einzurichten: Jeder Kollege erhält eine mit Nummern versehene Karte, auf welche er sich die gekauften Marken selbst einleibt. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Da der Referent noch immer nicht erschienen war, übernahm Kollege Nihil das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung und entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung fordert die Kollegen aller Orte auf, für die ausgesperrten Arbeiter Deutschlands kräftig einzutreten.“ Ein Antrag, den ausgesperrten Tabakarbeitern in Hamburg 30 M. aus dem Agitationsfonds zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem wurde ein Antrag eingebracht, zur Bauhandwerker-Konferenz einen Delegierten zu senden, welcher, nachdem einige Redner dafür und dagegen gesprochen hatten, mit großer Majorität angenommen. Kollege Nihil wurde als Delegierter gewählt. Als noch der Fragekasten erledigt war, schloß der Vorsitzende mit einem „Hoch“ auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

Eine Generalversammlung des Fachvereins der

Formier tagte am Sonntag, den 22. Februar, unter Vorsitz des Kollegen Koch. Kollege E. Grenz, Vertrauensmann aus Chemnitz, sprach über die gewerkschaftliche und politische Entwicklung der Arbeiter. Redner erlebte sich seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages zur vollen Zufriedenheit der Versammlung. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Köppen und Pöpel. Sodann erstattete der Kassier, Kollege Müller, den Kassensbericht und es wurde ihm, nachdem die Revisoren ihre Bestätigung ausgesprochen, die Decharge erteilt.

Die Abrechnung vom Stiftungsfest konnte wiederum nicht erfolgen, weil immer noch säumige Kollegen Billeis nicht bezahlt haben; es wurde aber gemahnt zu bezahlen, widrigenfalls die Namen derjenigen, die nicht innerhalb 8 Tagen ihren Verpflichtungen nachgekommen sind bekannt gemacht werden. Zur Vorstandswahl wurde vom Kollegen Widmann der Antrag gestellt, den jetzigen Vorstand in seinem Amte zu belassen, bis der Uebergang in die lokale Zentralisation stattfindet und dieser Antrag wurde en bloc angenommen. Unter „Verschiedenem“ wurde vom Kollegen Köppen der Antrag gestellt, 100 M. für eine Musterkollektion von Formier-Werkzeugen zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen und es verpflichteten sich die Kollegen, ihr Werkzeug nur vom Kollegen Grenz fernherhin zu nehmen. Wer also von den Kollegen Bedarf an Werkzeug hat, wende sich an den Vorstand des Fachvereins. Sodann wurde noch Bescheid erhoben über ein Vorstandsmitglied und es wurde der übrige Vorstand ersucht, die Sache zu regeln. Dann schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Der Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgruppen hielt am 17. d. M. in Feuerstein's Restaurant seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Guttman einen mit vielem Beifall aufgenommenen

Vortrag über Bellamy's „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887“ hielt. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Unter Verschiedenem wurde zunächst ein Antrag, den Kassier 2 pCt. der Einnahme als Remuneration zu gewähren, einstimmig angenommen. Im Weiteren wurde vom Kollegen Joseph die Frage angeregt, ob es nicht möglich sei, daß in unserer Fachzeitung „Der Goldarbeiter“ eine periodisch wiederkehrende Statistik (alle 2-3 Monate) der in den verschiedenen Orten Deutschlands in unserem Gewerbe gezahlten Durchschnittslöhne veröffentlicht würde, wodurch vermieden werden soll, daß Kollegen, welche ihr Domizil nach einer anderen Stadt verlegen wollen, Stellung annehmen, in welcher der Lohn den dortigen Verhältnissen nicht entspricht. Nachdem noch der Vorsitzende die Kollegen zur recht regen Beteiligung an den Sammlungen für die ausgesperrten Gewerbe aufgefordert hat, schließt derselbe die Versammlung. — Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 17. März, in Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstr. 76, statt.

Der Fachverein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Reinickendorf und Umgegend hielt am 13. seine öffentliche Mitgliederversammlung ab.

Herr F. Feldmann aus Berlin hielt einen Vortrag über die Ursachen des Massenelends, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Naire und Thal. Hierauf theilte der stellvertretende Vorsitzende mit, daß am 1. März d. J. in demselben Lokal eine beschließende Mitgliederversammlung stattfand und schloß die Versammlung, nachdem folgende Resolution angenommen war: Die öffentliche Mitgliederversammlung des Fachvereins der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Reinickendorf und Umgegend ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt, daß die jeweilige Krise unheilvolle Folgen für die Arbeiter nach sich zieht. In Erwägung dessen verpflichten sich die Versammelten, mit aller Energie für die Ideen der Sozialdemokratie einzutreten und dieselben zur Verwirklichung bringen zu wollen.“

In dem Versammlungsbericht in Nr. 47 des „Vorwärts“ vom Verein der Klempner haben sich einige Fehler eingeschlichen. Die bewilligten 150 M. sind nicht für den Agitationsfonds nach Hamburg, sondern für die Agitationsarbeiten zur Unterstützung bewilligt worden. Dann kosten die für Mitglieder und Freunde des Vereins angeschafften Baderarten nicht 30 Pf., sondern sind in dem Verkehrslokal für 27 Pf. zu haben.

Charlottenburg. In der am 19. Februar stattgefundenen

Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Charlottenburg sprach Genosse Pirch über: „Der Kampf und das Dasein.“ An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referenten. Eine Resolution wurde angenommen, welche besagt: Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Charlottenburg erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und ist der Meinung, daß die heutigen schlichten Gesellschaftsstände nur durch die Sozialdemokratie zu verfestigen sind. Sie verpflichtet sich, mit allen Kräften dahin zu streben, daß der Kampf ums Dasein in der heutigen Form aufhört.“ Zu Verschiedenem verlas Genosse Pirch einen Artikel aus der Charlottenburger freimüthigen Zeitung „Neue Zeit“ mit der Ueberschrift: Die Sozialdemokratie in der Klemme. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung des Wahlvereins erklärt, daß unsere Partei durch Kritiken, wie die in Nr. 88 der Charlottenburger „Neue Zeit“ nicht gespalten werden kann. Sie empfiehlt dem Kritikerschreiber, erst die Ideen der Sozialdemokratie zu studieren, ehe er sich an eine Kritik unserer Partei wagt.

Ferner forderte Genosse Stein die Parteigenossen auf, recht reger für unser am 1. April erscheinendes Parteiblatt „Vollblatt“ für die werktätige Bevölkerung der Kreise Teltow-Beestow, Starow-Charlottenburg, Der- und Nieder-Sarnim zu agitieren. Da jedoch die Gründung Geld koste, habe die Pressekommmission beschlossen, Anteilsscheine in Höhe von 5 M. pro Stück auszugeben, die nach Jahresfrist rückzahlbar seien. Wer nicht in Stande sei, soviel Geld abzugeben, möge sich an die Vertrauensmänner wenden und dort nach seinen Kräften beizutragen für das Unternehmen. Er schloß mit einem Appell an die Genossen, sich recht eifrig an den Sammlungen hierzu zu beteiligen, damit auch der Landbevölkerung unsere Ideen durch das Blatt bekannt gegeben werden können. Anteilsscheine sind zu haben bei Sellin, Wilmerdorfer- und Scharrenstraßen-Gede im Bigarrensengeschäft.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzurufen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

In dem Eingefangenen (in Nr. 46 d. B.) des Genossen Heindorf, betreffs Aushebung des Boykotts der Volksbrauerei, befindet sich folgender Satz: „weil angeblich der Inhaber des Lokals zu Pankow seinen Saal verweigert.“ mit dem sich unterzeichnete Kommission nicht einverstanden erklären kann. Die Genossen können hieraus folgern, daß wir unüberlegt gehandelt haben, denn ist jedoch nicht so. Nicht angeblich, sondern direkt ist den Arbeitern der Saal verweigert worden. Der Direktor der Brauerei (jetziger Inhaber des Lokals) gab an Stelle einer Besage, einen nichtssagenden Brief und der Pächter verweigerte auf unsere Anfrage den Saal. Dies zur Klarstellung. Mit dem Vorgehen des Genossen Heindorf in dieser Sache erklären wir uns einverstanden, da diese Angelegenheit schnell erledigt werden mußte.

Die Lokalkommission von Pankow-Nieder-Schönhausen.
J. A. W. Schodel,
Pankow, Schulstraße 17.

In eigener Sache erklärt Unterzeichneter, daß der Genosse Otto Ehler zu seiner Veröffentlichung in voriger Nummer gar nicht berechtigt war, da er von dem ganzen Sachverhalt nicht im Kenntnis gesetzt werden konnte, also nicht im Auftrag der Lokalkommission gehandelt hat. Das betreffende Schriftstück, worin der Pächter des Lokals im Einverständnis mit dem Direktor der Volksbrauerei, erklärt hat, seinen Saal zu jeder Versammlung herzugeben, befindet sich in meinen Händen. Der Boykott mußte also auf schnellstem Wege aufgehoben werden. Hiernach wird also Genosse Ehler nicht A. stand nehmen, seine voreilige Erklärung zurück zu nehmen.

W. Schodel

Briefkasten der Redaktion.

F. G. Krust. Die Klage ist nicht zulässig. Verrenkung wird nur bestraft, wenn sie von Arbeitern gegen Arbeiter, oder von Unternehmern gegen Unternehmer ausgesprochen wird.

F. S. 100. Er bezieht Pension. Wieviel wissen wir nicht. Er hat sie ja auch rechtlich verdient.“

H. U. Offen. Wie kennen die Vereinigung gar nicht.

J. In vierzehn Tagen.

Red. Es heißt „Die Polka“.

H. A. Langestraße. Ihre Mitteilungen eignen sich nicht zur öffentlichen Verlesung. Wir können Ihnen nur aufbegehren, sich für Recht auf privatem Wege zu verhalten.

Baumholder. Das kennen wir nicht.